Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 62 22.12.1974

6 frankfurt
hamburger allee 45
tel. 0611/70 43 52

bürozeiten:
mo, mi, fr 11-15 uhr

postscheckkonto
w. spruck, 6 ffm 60
nr. 52 52 28 - 602

verantwortlich:
w. spruck
ffm, karbener str. 1

redaktionsschluß
freitag 20 Uhr

INLAND

AUSLAND

DOKUMENTATION

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 bochum-querenbg
esg
lennershofstr. 66/VIII
tel. 70 14 65

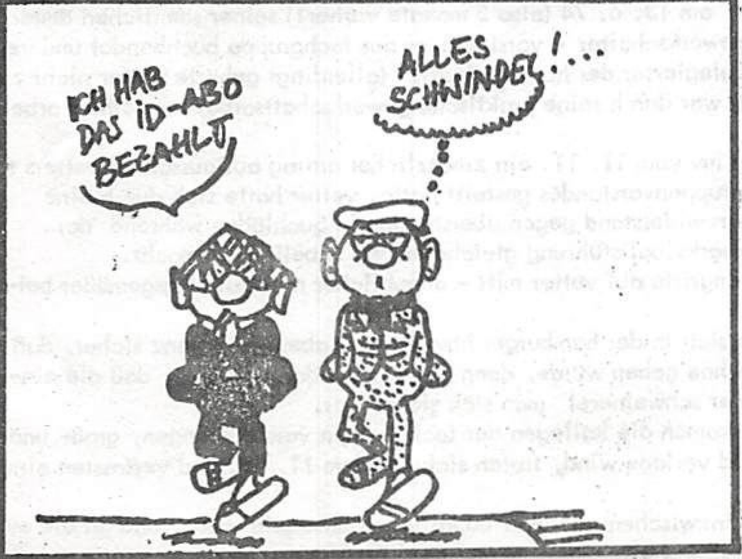
5 köln
pol. buchladen
zülpicherstr. 197
tel. 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01391267

monatsabo dm 6.-
(gegen vorkasse)



ACHTUNG

nach dieser nummer macht das id-kollektiv 2 wochen diskussions-und erholungspause. in der letzten zeit war es uns nicht möglich-wegen der wöchentlichen produktion-all das zu diskutieren und zu verarbeiten was passiert ist.
also: die nächste nummer erscheint am 12. januar 1975

GÖTTINGEN (ID) 16. dezember

HÄUSERKAMPF IM REITSTALL

die stadt göttingen soll zum einkaufszentrum südniedersachsens ausgebaut werden. dieses ziel wird dadurch verwirklicht, daß alte gut erhaltene häuser im stadtkern, somit auch billiger wohnraum, zerstört werden, um an jenen stellen geschäftshäuser, büros, luxuswohnungen zu errichten. es ist klar, daß dadurch einkommensschwache bevölkerungsschichten aus dem stadtkern vertrieben werden, weil sie diese teuren wohnungen und appartements nicht bezahlen können. so kaufte der oetker-konzern einen großen teil des reitstallviertels auf, um dort ein neues großkaufhaus, das dritte in der göttinger innenstadt, zu bauen.

mitte oktober konstituierte sich die reitstallviertel-initiative, um ein von oetker aufgekauftes, schon länger leerstehendes haus zu besetzen. diese besetzung sollte ein schritt im kampf gegen die wohnraumzerstörung darstellen. die gruppe setzte sich aus nicht organisierten linken, nicht nur studenten, zusammen. sie ging davon aus, daß eine hausbesetzung ein notwendiger schritt im kampf gegen die wohnraumzerstörung darstellt. diese hausbesetzung bedurfte jedoch der solidarität der bevölkerung. deshalb wurde die bevölkerung von uns in den monaten bis zur besetzung durch flugblattaktionen und unterschriftenlisten, soweit es uns möglich war, informiert. gleichzeitig versuchten wir durch persönliche gespräche, weitere leute für die aktive teilnahme an der hausbesetzung zu gewinnen. unsere gruppe betrug in der vorbereitungsphase 10 - 15 leute.

am samstag morgen, dem 7. 12. , besetzten wir, 25 studenten, arbeiter, jobber und angestellte das haus weenderstraße 77 im reitstallviertel. im verlauf der besetzung bis zur räumung renovierten wir das haus, soweit es uns möglich war, informierten die bevölkerung über unsere besetzung, sammelten unterschriften, usw. es gelang uns für die kurze zeit eine breite solidarität der bevölkerung zu erreichen. viele leute brachten uns möbel usw. spendeten uns geld und halfen uns bei den verschiednen arbeiten. schon während dieser zeit traf die stadt verschiedene maßnahmen gegen uns. so stellten städtische arbeiter unter polizeischutz uns das wasser ab. in der nacht zum dienstag, 10. 12. , rückten gegen 4.00 uhr morgens 120 polizisten mit helmen, schlagstöcken, spitzhacken ausgerüstet an. einige umstellten das haus, während die anderen in den hinterhof drangen und die verbarrikadierte hintertür aufbrachen, ohne uns vorher zur räumung aufzufordern. wir erwarteten die polizei in einem raum und leisteten passiven widerstand. inzwischen hatten sich etwa 200 sympathisanten auf der straße versammelt, die laut gegen die gewaltsame räumung des hauses durch die polizei demonstrierten. noch während wir einzeln herausgetragen wurden, begann ein bautrupp mit der systematischen zerstörung der einrichtungen und des wohnraumes. auch die polizei beteiligte sich daran. wir wurden dann zur kripo gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und anschließend wieder freigelassen. noch am selben tag fand eine solidaritätsdemonstration gegen die wohnraumzerstörung in göttingen und gegen die räumung des hauses durch die polizei statt. an dieser demo. nahmen über 3.000 menschen teil.

große teile der bevölkerung unterstützten die besetzung. dies zeigte sich in zahlreichen diskussionen, an den spenden und an der großen spontanen solidaritätsdemonstration nach der räumung des hauses. unsere weitere arbeit wird und muß sein, über die ursachen der besetzung und räumung zu informieren und in den bestehenden mieterinitiativen gegen die wohnraumzerstörung mitzuarbeiten.

initiativgruppe reitstallviertel:
kontaktadresse: lothar förster, 34 göttingen, sandweg 20
spendenkonto: städtische sparkasse göttingen, sonderkonto reitstall-initiative, mille ludlage 40 75 18

HAMBURG (ID) 16. dezember

~~DIE POLIZEI~~ - DES GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRS KRAUSE FREUND UND HELFER

die hamburger führung der gewerkschaft handel-banken-versicherungen (hbv) führt in der auseinandersetzung mit den linken ganz "neue" und überzeugende "argumente" ins feld: die polizei! über 100 polizisten setzten am 11. 11. der mitgliederversammlung der fachgruppe buchhandel und verlage auf anweisung von hbv-sekretär arnold krause ein ende.

9 mannschaftswagen und 19 streifenwagen hatten die polizisten herangekarrt, über 50 besetzten - mit kampfhelm, schaftstiefeln und pistolen - das gebäude; von jedem kollegen wurden die personalien aufgenommen, 2 kollegen sogar "zur überprüfung" ihrer angaben mitgenommen.

bereits im oktober hatte die ortsverwaltung der hbv die fachgruppe buchhandel und verlage zur mitgliederversammlung am 11. 11. eingeladen. thema: nachträgliche zustimmung der mitlieder dazu, daß landesbezirksleiter schiel den kollegen ulrich vetter am 13. 6. 74 (also 5 monate vorher!) seiner sämtlichen ämter enthoben hatte! der kollege vetter war als aktiver gewerkschafter - vorsitzender der fachgruppe buchhandel und verlage; mitglied des ortsverwaltungs-vorstandes; und delegierter der hbv-hamburg. (allerdings gehörte vetter nicht zu den hauptamtlichen berufs-gewerkschaftern, sondern war durch seine praktische gewerkschaftsarbeit an seinem arbeitsplatz in diese ämter hineingewählt worden.)

außerdem stand auf der mv vom 11. 11. ein zusätzlicher antrag auf ausschluß vetters aus der hbv auf der tagesordnung, den ein teil des fachgruppenvorstandes gestellt hatte. vetter hatte sich durch eine konsequente arbeitnehmerpolitik (vor allem ist da sein widerstand gegen überstunden in buchläden während der weihnachtszeit zu nennen) bei unternehmern und gewerkschaftsführung gleichermaßen unbeliebt gemacht.

begründet wurden die angriffe auf vetter mit: - angeblicher nichtsatzungsgemäßer beitragszahlung und - diffamierung der gewerkschaft.

offensichtlich war man sich in der hamburger hbv-führung aber nicht ganz sicher, daß der geplante coup am 11. 11. ganz glatt über die bühne gehen würde, denn man hatte dafür gesorgt, daß die einladung nur an kollegen ging, deren zustimmung zu der schweinerei man sich sicher war.

von diesem manöver bekamen die kollegen der fachgruppen versicherungen, groß- und außenhandel, genossenschaften sowie buchhandel und verlage wind, trafen sich vor dem 11. 11. und verfassten eine resolution.

diese resolution wurde inzwischen von über 80 kollegen unterschrieben, und an die ov.

und den fachgruppenvorstand buchhandel und verlage geschickt.

auf der mitglieder-versammlung am 11. 11. waren ungefähr 60 kollegen da: 13 der fachgruppe, 45 kollegen anderer fachgruppen als gäste (bis dahin waren gäste auch immer willkommen) und die sekretäre krause, schiel und cohn. die linken, die in der mehrheit waren, forderten, daß die angriffe auf vetter von den sekretären begründet werden sollten und machten deutlich, daß sie ein recht darauf hätten, darüber informiert zu werden, da vetter als mitglied des ov-vorstandes schließlich alle hbv-mitglieder etwas anginge.

die sekretäre waren nicht bereit, sich auf eine diskussion einzulassen, sondern beschimpften die kollegen, verdächtigten sie, gar keine gewerkschaftsmitglieder zu sein und drohten schließlich - wenn sie nicht den saal verlassen würden, den raum zu räumen "notfalls mit gewalt" (so sekretär krause).

wenig später stürmte dann die polizei in den saal und "bereinigte" die angelegenheit im sinne der gewerkschatsführung.

kollegen machen weiter.

empört zog die mehrzahl der hinausgeworfenen kollegen in eine gaststätte, wo sie weiter tagten und beschlossen, eine dokumentation über die vorfälle herauszugeben und für folgende forderungen einzutreten: - zurücknahme der von arnold krause gestellten strafanträge! - schluß mit dem ausschlußterror! - weg mit den unvereinbarkeitsbeschlüssen! - zurücknahme der ausschlußanträge von ulrich vetter und den drei co-op-kollegen! - für freie politische betätigung in betrieb und gewerkschaft.

in den nächsten tagen bereits erschien die "erklärung von 42 hbv-kollegen", die breit in betrieben und hbv-mitgliedschaft im hamburger ra um verteilt wurde. (einzelexemplare können noch über den verband bezogen werden).

strafanzeigen und schadensersatzforderungen

inzwischen hat jeder der kollegen, die auf der mv anwesend gewesen waren, eine strafanzeige wegen "hausfriedensbruch" bekommen.

außerdem wurde ein verfahren wegen schadenersatzforderungen der hbv-füh rung angekündigt: sie wollen den kollegen einen betrag zwischen 15.000 und 30.000,- dm per gericht abfordern, als entschädigung dafür, daß ihnen der versammlungsraum fristlos gekündigt worden sei. der trick dabei: sowohl besitzer als auch mieter des raumes (gbi- großhamburger bestattungsinstitut) sind gewerkschaftseigen! ein abgekartetes spiel!

drittens ist bereits seitens der hbv-funktionäre davon gesprochen worden, alle 42 kollegen aus der gewerkschaft rauszuschmeißen. eine andere - vielleicht noch wirksamere methode wäre es, nur einige - die bekanntesten und aktivsten kollegen- rauszuseilen, auch davon wurde bereits gesprochen. und die möglichkeit, sich dazu die notwendigen informationen zu holen, sind ja für die hbv inzwischen glänzend bestellt: seit dem bisherigen vorsitzenden der hbv werner staack als frischgebackenen innensenator des hamburger senats seit neuestem direkt die polizei untersteht...

schützenhilfe von der dkp

schützenhilfe bekamen die spd-gewerkschaftsfunktionäre der hamburger hbv bei ihrem angriff auf vetter und die linken von den dkp-mitgliedern im vorstand der fachgruppe buchhandel und verlage luksch, bergenthal, bardowick und dem tk-mitglied gessat (ebenfalls dkp): - alle unterstützten sie den ersten ausschlußantrag gegen u. vetter - nach der "polizei-mv" nun kriegten sie es fertig, einen erneuten antrag auf ausschluß zu stellen (der erste mußte wegen eines formfehlers zurückgezogen werden). "begründung": vetter habe die arbeit der tarifkommission und der fachgruppe geschädigt, weil er sich im oktober mit einem rundschreiben gegen die maßnahmen gegen ihn (amtsenthebung) zur wehr gesetzt habe. die rechten spd-führer in der hbv brauchen sich gar nicht mehr die finger schmutzig zu machen - das haben leider die "genossen" der dkp für sie übernommen - wohl in der trügerischen hoffnung, daß sie selber dann im zuge der antikommunistischen säuberungswelle noch einmal davon kommen.

die über 70 anwesenden kollegen der fachgruppe beschlossen ohne gegenstimme: "es soll eine mv stattfinden, auf der ulrich vetter und ein vertreter des ovv zu den vorfällen stellung nehmen." und: "die mv fordert zurücknahme der strafanträge und aller evtl. wegen des raumes entstehenden forderungen gegen die kollegen." (große mehrheit).

wieder kam die polizei

auf dieser außerordentlichen mitgliederversammlung am 9. dez. 1974 versuchte der geschäftsführende sekretär krause, dem kollegen ulrich vetter das betreten des saales zu verwehren. aufgrund der durch dieses vorgehen unter den anwesenden mitgliedern entstandenen unruhe veranlaßte der versammlungsleiter eine abstimmung, ob der kollege ulrich vetter bleiben solle. mit überwiegender mehrheit wurde beschlossen, daß er den übrigen hbv-kollegen gegenüber zu den vorfällen am 11. 11. 1974 stellung nehmen und sich verantworten solle.

durch die vom geschäftsführenden sekretär krause herbeigerufene polizei wurde die versammlung unterbrochen und dem kollegen ulrich vetter das wort entzogen. er wurde unter androhung einer klage wegen hausfriedensbruch aufgefordert, umgehend den saal zu verlassen, im weigerungsfalle mit polizeigewalt. dem kollegen ulrich vetter blieb keine andere wahl, als unter großem protest der anwesenden mitglieder die versammlung sofort zu verlassen. daraufhin fasste die mehrheit der anwesenden mitglieder folgenden beschluß: die mitgliederversammlung der fachgruppe groß- und außenhandel 9. 12. 1974 stellt den antrag auf ausschluß von arnold krause aus der gewerkschaft hbv, weil er die diskussion um die ausschlußpolitik jetzt zum zweiten mal mit polizeigewalt verhindert hat. außerdem fordert die mitgliederversammlung: sofortige übergabe der schwarzen listen des ov-vorstandes für die kollegen, die am 11. november für öffentlichkeit gesorgt haben!!! zurücknahme der ausschlußvorbereitungen gegen den kollegen nils harten und die anderen kollegen!!!
(aus verband ausgeschlossener gewerkschafter - info nr. 5)

KÖLN (ID)
20. dezember

ERNEUTE HAUSDRUCHSUCHUNG IM DRUCKEREIBETRIEB "BETRIEB"

"heute morgen erschienen um 20 minuten nach 6 (donnerstag, den 19. 12. 74) bei uns

einige vertreter der staatsgewalt (6 kriminalbeamte vom k 14, unter anderem schramm, schmidt und von amsick unter der leitung von herrn klein, die staatsanwälte elfert und kurz, drei schupos - nicht im aktiven einsatz - , ein fotograph und drei mannschaftswagen mit 10 schupos auf der straße) und durchsuchten wohnungen, die druckerei, ein auto und die büros , in denen auch die redaktion des kölner volksblattes untergebracht ist. angegebener grund war der verdacht, ein informationsblatt über die haftbedingungen der baader-meinhof-gruppe gedruckt zu haben. dieses blatt, das vor einiger zeit in köln verteilt word en war, war als sonderdruck der boulevard-zeitung "express" aufgemacht, was deren verleger a. neven-dumont veranlasste anzeige gegen unbekannt zu erstatten.

dies wiederum inspi rierte die staatsgewalt den betrieb zu durchsuchen. auf unsere vorhaltungen, ob es konkrete hinweise auf die herstellung durch uns gebe, antwortete staatsanwalt elfert mit der analogie: einen dieb, der einmal gestohlen hat, verdächtigt man eher, da er einmal die "die schwelle überschritten" habe. wir hatten nämlich vor jahresfrist für einen kunden namens "komitee zur aufklärung über gefängnisse - initiative gegen folter" gearbeitet.

nach zwei stunden ging die staatsgewalt und nahm neben schriftproben von vier schreibmaschinen lediglich zwei ältere drucksachen mit, in denen ebenfalls das inskriminierte thema abgehandelt wurde.

uns ist nicht ganz klar, was die staatsgewalt mit ihrer aktion bezweckte, da sie leicht aufgrund technischer details hätte feststellen können, daß dieses sonderblatt nicht bei uns gedruckt worden sein kann; möglicherweise, so spekulieren einige, lag eine aufforderung des regierungspräsidenten vor, eine "modelluntersuchung" unter wahrung aller einschlägigen vorschriften und bestimmungen zu exerzieren, denn darauf achtete die durchsuchende staatsgewalt genau. der regierungspräsident hat nämlich noch eine beschwerde wegen einer durchsuchung bei uns vor einem jahr vorliegen - damals ging es um den nachdruck eines dgb-jugendbildungsplanes. der dgb hat später die anzeige zurückgezogen (siehe ID nr. 9) bei der die staatsgewalt unseres erachtens sich eine reihe von formverstößen zu schulde kommen ließ, was auch öffentlich kritisiert wurde. vielleicht wollte die staatsgewalt auch demonstrieren, daß die gewalt noch existiert. sofern ein lehrstück."

WESTBERLIN (ID) VERTEIDIGUNGSKOMITEE GEGRÜNDET
20. dezember

am donnerstag, dem 19. 12. 74, fand im haus des ringes politischer jugend in westberlin die gründungsversammlung des verteidigungskomitees statt. anwesend waren u.a. die rh-westberlin, die kpd und die ihr sehr verbundene rh e.v., einige rechtsanwälte, die zu dieser versammlung aufgerufen hatten, und auch einige spd-mitglieder.

bei der diskussion der plattform konnte sich die kpd mit ihrer vorstellung, die plattform müßte kämpferischer gestaltet werden, nicht durchsetzen. es wurde das papier als plattform angenommen, mit dem auch zur versammlung eingeladen worden war.

hier einige auszüge:.

"in letzter zeit haben polizei und justiz in einer vielzahl von fällen rechtsstaatliche grundprinzipien offen und grob mißachtet. diese rechtsbrüche wurden begleitet und ermöglicht durch ein trommelfeuer von lügen und verhetzungen in den massenmedien...

... jeder , der sich gegen diese rechtsbrüche gewandt hatte, sollte eingeschüchtert werden, wie die kampagne gegen fortschriftliche kreise in der evangelischen kirche und sogar verhaftungen kirchlicher mitarbeiter beweisen.

auch arbeiter, lehrer, ärzte, studenten und schüler werden im rahmen politischer auseinandersetzung von rechtswidrigen maßnahmen getroffen. die geplanten gesetze zielen auf die beseitigung wirksamen rechtsschutzes aller politisch verfolgten hin...

... die ziele des verteidigungskomitees sind: 1. verhinderung der geplanten gesetzesänderung zur einschränkung der verteidigungsmöglichkeiten im strafprozeß... 2. kampf gegen die jetzt schon praktizierten eingriffe und maßnahmen gegen eine rechtsstaatliche verteidigung, insbesondere: gegen die manipulation des akteneinsichtsrechts; gegen die zwangsverteidigerbestellung; gegen die kontrolle und beschlagnahme von verteidigerpost in den zellen der gefangenen; gegen verteidigergespräche in justizvollzugsanstalten mit dem mandanten getrennt durch dicke panzerglasscheiben; gegen die du rchsuchung und durchsicht derhandakten in rechtsanwaltspraxen; gegen die einschränkung der prozeßöffentlichkeit durch bewaffnete im saal, durch erkennungsdienstliche maßnahmen gegen zuhörer etc.; gegen die gezielte veröffentlichung von bestandteilen amtlicher ermittlungsakten und verteidigerkorrespondenz; gegen die durchsuchung von kleidung und taschen der verteidiger vor mandantenbesuchen, gegen die beschränkung der verteidigerbesuche durch von der anstalt selbst geschaffene "organisatorische schwierigkeiten"etc. 3. organisierung von öffentlichkeit und öffentlichem druck zur sicherung rechtsstaatlicher verteidigung, insbesondere auch einer politischen verteidigung...

... aufgerufen zur mitarbeit in dem verteidigungskomitee sind besonders: vertreter von gewerkschaften; vertreter von berufsgruppen wie sozialarbeiter, lehrer, erzieher, ärzte, pfarrer, künstler, rechtsanwälte und hochschullehrer; vertreter von organisationen, die sich für die sicherung der grund- und menschenrechte einsetzen (amnesty international, liga für menschenrechte, humanistische union etc.); persönlichkeiten des öffentlichen lebens und engagierte einzelpersonen; vertreter politischer organisationen und gruppen. "

das komitee hat vor, auch in anderen städten kontaktzentren einzurichten, um so den kommunikationsfluß zu verbessern und auch überregional arbeiten zu können.

das nächste treffen findet anfang januar statt.

kontaktadresse: alexandra goy/udo grönheit, rechtsanwälte, 1 berlin 61, hasenheide 12, telefon 691 20 92

FRANKFURT (ID) RICHTER IN DEN TOD GETRIEBEN
16. dezember

der 44jährige frankfurter richter ditmar kupke ist soweit gebracht worden, sich selbst zu töten. nachdem er mitte des jahres gewagt hatte, den verlauf des ns-verfahrens gegen den rüstungsingenieur werner fasold öffentlich zu kritisieren, setzte seitens der justizbehörden ein beispielloses kesseltreiben gegen ihn

ein: 1. sein einsatz für justizreform und soziale ausgestaltung des mietrechts brachten ihm keine anerkennung seitens seiner dienstvorgesetzten, sondern führten zu persönlichen nachteilen und querelen, 2. sein öffentliches eintreten für eine entlastung der nach eigenen worten überlasteten vorsitzenden richterin christel forester, um in dem ns-prozeß gegen fasold die grundsätze eines rechtsstaatlichen verfahrens zu wahren, brachten ihm vorläufige beurlaubung und zufällig auch ein disziplinarverfahren ein. zufällig gesellten sich dazu gerüchte, wonach auf ihn regreßkosten in höhe von 1,1 mill. dm zukommen könnten. 3. bei seiner aufforderung zur stellungnahme im rahmen des disziplinarverfahrens, häufte sich zufällig die ihm zugewiesene dezernatsarbeit.

als einzelner hat er dem druck, der auf ihn ausgeübt wurde, nicht standhalten können. (siehe auch dokument: jäger solidarisieren sich nicht mit ihren opfern)

KAISERSLAUTERN (ID) 19. dezember

WERDEN DIE RAF-PROZESSE ZUSAMMENGELEGT ?

das landgericht kaiserslautern hat am 12. dezember 1974 beim bundesgerichtshof beantragt (az.:1 ak 34/74), das strafverfahren gegen die gefangenen aus der roten armee fraktion klaus jünschke, wolfgang grundmann und manfred grashof zur gemeinsamen verhandlung mit dem strafverfahren gegen baader, enssling, meinhof und raspe vor dem oberlandesgericht stuttgart zu verbinden, damit ein gesonderter prozeß in kaiserslautern vermieden wird.

zur begründung verwies das landgericht kaiserslautern darauf, daß den angeschuldigten beider verfahren mitgliedschaft in der roten armee fraktion vorgeworfen wird und daß die darüberhinaus angeklagten tatvorwürfe größtenteils identisch sind; daß eine gemeinsame verhandlung in stuttgart die verteidigung der gefangenen durch die gemeinschaftlichen verteidiger erleichtern würde; durch die trennung der verfahren würden sich die prozesse gegenseitig behindern. mindestens 344 zeugen und mindestens 36 sachverständige müßten in beiden verfahren vernommen werden. die doppelte vernehmung würde den abschluß der prozesse um jahre verzögern.

BERLIN (ID) 20. dezember

ANDRANG BEI DER BERLINER POLIZEI

einem bericht des berliner "abend" ist zu entnehmen, daß nach jahren der flaute die schutz- und kriminalpolizei in den letzten monaten einen sprunghaften zulauf zu verzeichnen hat. zum letzten einstellungstermin meldeten sich 200 bewerber, das sind 60 % mehr als im vorjahr. für den haupteinstellungstermin am 1. april 75 liegen bis jetzt schon 1.3oo bewerbungen vor. das referat "werbung und einstellung" beim polizeipräsidium unterscheidet zwei altersgruppen von 16 bis 25 und von 26 bis 35, die als polizei-oberwachtmeister angestellt werden. unter den bewerbern soll ein relativ hoher anteil von ehemaligen selbständigen und handwerkern sein, die aus existenzangst beamte werden wollen. bei den jüngeren sind es meist schulabgänger zwischen 16 und 17 jahren. 60 bis 70 % von ihnen fallen allerdings durch die eignungsprüfung. vor allem hauptschulabgänger. polizeiausbilder sprechen von einem "katastrophalen bildungs-niveau" dieser gruppe (den bullen werden wir noch ein bildungsreform zu verdanken haben!).auch abiturienten sollen sich jetzt mehr für den polizeiberuf interessieren.

die polizei ist also bei steigender arbeitslosigkeit gerade unter jugendlichen nicht nur ein krisenfester, sondern auch ein gut bezahlter beruf. schulabgänger bekommen als anfangsgehalt auch in der ausbildung 1.000,- dm netto(!). trotz des großen zustroms soll die werbekampagne für die polizei weitergemacht werden. slogans: "schulwechsel für rund 1.000,- dm". - "männer um 30 - ihr könnt sofort beamter werden" und "die alternative - studieren bei der polizei". numerus clausus, leere kassen bei den arbeitsämtern, unruhe unter den jugendlichen, demonstrationsdelikte und ausschreitungen - alle probleme sind durch die polizei prima gelöst - besser noch als durch autobahnbau. andererseits fängt irgendwann vielleicht auch einmal ein genosse bei den bullen wie in der bundeswehr mit "roten zellen" an. unzufriedenheit gibts auch hier schon. in der dezember-nr. der zeitung der polizeigewerkschaft im deutschen beamtenbund wird getzt heftig gegen die viel gerühmte berliner polizeireform geschossen. die bullen fühlen sich überfordert, es ist von einem "totalen unmut der kollegen" die rede, der bürgernahe "polli" gilt in kollegenkreisen als "quatscher vom dienst". mit einem fingerzeig auf den fluglotsenstreik warnt die zeitung davor, die entwicklung nicht an den berufsvertretern vorbeigehen zu lassen.

WINNENDEN (ID) 20. dezember

KAMPF GEGEN SCHMUTZIGE UNGEHEUER: MÜLL - GROSSDEPONIE

am 19. 9. 74 wurde die "bürgerinitiative mülldeponie" gegründet. die bürgerinitiative hat sich zum ziel gesetzt, die geplante müll-großdeponie in winnenden am schenkenberg für den rems-murr-kreis (württemberg) aus folgenden gründen zu verhindern:

der müllberg würde nur 400 m entfernt von wohnungen errichtet und der zu erwartende müllautoverkehr in unseren engen straßen würde die kinder auf ihren wegen vom und zum schulzentrum noch mehr gefährden. aber nicht nur die zu geringe entfernung zur stadt macht den müllberg gefährlich, sondern auch die wasserverhältnisse am geplanten standort. er ist reich an grundwasser und in der nähe der geplanten mülldeponie befinden sich trinkwasserquellen, die teile von winnenden versorgen. bis heute liegen keine untersuchungen über die wasserverhältnisse vor. würde das wasser durch die mülldeponie verseucht, und wer kann das mit sicherheit ausschließen, käme das uns und dem landkreis teuer zu stehen. außerdem soll der müllberg im schönsten naherholungsgebiet winnendens errichtet werden und fast hundert bürger sollen ihre gepflegten kleinen obstgrundstücke verlieren.

in den letzten wochen gab es so viele zeitungsberichte über müllprobleme und die geplante großdeponie in winnenden, daß es notwendig ist, einen bericht über den stand der dinge aus unserer sicht zu geben. die fernsehveranstaltung "lokaltermin", die am 30. 10. 74 in der stadthalle winnendens stattfand, machte nicht nur viele bürger unserer stadt auf das müllproblem aufmerksam, das auf uns zukommt, sondern auch viele zuschauer aus dem ganzen land. im lokaltermin kamen beide seiten zu wort, der bürger und die verwaltung mit ihren gutachtern. ist es verwunderlich, wenn die entscheidungen der politiker, der verwaltungen, der sogenannten gutachter und der sachlich wie politisch überforderten kreisverordneten lauten protest bei der bevölkerung hervorriefen, weil hier entscheidungen gegen menschen getroffen wurden, denen man kein mitspracherecht vor der planung gewährt hatte?

gerade weil die geplante große mülldeponie so nahe bei winnenden sein soll, wurde nicht nach sachlichen gesichtspunkten entschieden, sondern mit dem einfluß der politisch stärkeren. ist nach solcher vorentscheidungen und bei der vom volke gerügten überheblichkeit der vertreter der kreisverwaltung überhaupt eine sachliche diskussion möglich? die fernsehsendung zeigte die erregung der bürger über diesen bedauerlichen zustand und weckte damit das interesse für eine bürgernahe demokratie. in diesem sinne war sie gewiss ein erfolg.

was zur sache selbst zu sagen ist, das haben wir schon mehrfach klar und deutlich geschrieben. hier nochmals eine kurze zusammenfassung: wir sind vor allem gegen den falschen deponiestandort so dicht an unserer stadt mit allen folgelasten wie gefährdung des grundwassers, möglicher geruchsbelästigung, rattenplage, zusätzlicher verkehrslärm, zerstörung eines naherholungsgebietes und enteignung kleiner grundstücksbesitzer.

wir sind nicht gegen den müll, wir sind nur für eine bessere lösung. die anhörung von fachleuten am 12. november in der stadthalle winnenden war nicht eine niederlage der winnender müllgegner, wie die zeitungen berichten, sondern eine lehre darüber, was sogenannte gutachten wert sind. allein die gutachter haben sich blamiert. die winnender deponie- und müllverbrennungsgegner hatten ihren großen tag. nach dieser anhörung kann und darf es aus sachlichen gründen keine müllverbrennung mehr geben. weiterhin wurde eindeutig belegt, daß müll wertvollen rohstoff enthält und die organischen bestandteile als humus dem boden wieder zugeführt werden müßten. es sollten behälter (container) aufgestellt werden, in die von den haushalten und gewerbebetrieben die verschiedenen abfälle getrennt nach glas, papier, metall, kunststoff, reifen, usw. eingefüllt werden. bei entsprechender werbung, geringer bezahlung und anderen maßnahmen blieben in den mülleimern nur noch küchenabfälle, die ohne schaden für die umwelt leicht zu kompostieren wären. wer heute noch eine müll-großdeponie plant, hat die vergangenheit aber nicht die zukunft im blickwinkel. die rohstoffe sind so teuer geworden, daß man papier, metalle, glas usw. nicht sinnlos begraben darf. jährlich wird in unserem lande so viel humus vernichtet, daß es sinnvoll ist, aus küchenabfällen humus zu prodzieren, um die natürliche fruchtbarkeit unserer böden zu erhalten.

nach diesem allen bleibt unverständlich, daß das planfeststellungsverfahren zur errichtung einer großdeponie in winnenden vorangetrieben wird. obwohl uns vom landrat versichert wird, daß winnenden nicht die einzige großdeponie im rems-murr-kreis sein wird, sondern weitere deponien geplant seien, steht dem die landesplanung entgegen, die nur eine großdeponie in winnenden vorsieht, eine moderne technische anlage im dornhau bei winnenden und eine kompostierungsanlage vermutlich im remstal. ob die landesregierung andere planungen genehmigt, das entscheidet sie selbst. auf keinen fall können wir uns darauf verlassen, daß mit sicherheit mehrere großdeponien im landkreis betrieben werden dürfen. die zur zeit offenen sieben deponien im landkreis sind nur übergangsdeponien, die für mehrere jahre den müll aufnehmen können.

wir bürger fordern vom land und von der kreisverwaltung die in der wirtschaft praktisch erprobten müllbeseitigungsmethoden sofort in kleinversuchen anzuwenden und nicht unwirtschaftliche, gefährliche und veraltete methoden der mülldeponierung in der weise weiter zu verfolgen, daß man statt der früher kleinen deponien jetzt riesendeponien errichten will. kleindeponien waren kleine gefahrenherde, große deponien sind große gefahrenherde; denn auf berge geschütteter müll kann nicht verrotten, weil dazu sauerstoff notwendig ist. in der deponie wird müll zu gift.

aus diesem grunde fordern wir einen neuen deponiestandort, der durchaus im raume von winnenden liegen darf. wir bürger sind die betroffenen und zudem noch die zahlenden und fordern darum mitsprache bei der planung. wir fordern weiterhin, daß die verträge eingehalten werden, die die stadt winnenden abschloß, als sie die deponie eichholz errichtete. setzt sich jetzt die kreisverwaltung über die verträge der stadt winnenden hinweg, so wird sie keinen vertrag mit einem winnender grundstückseigentümer mehr bekommen. ihr bliebe dann nur noch die enteignung. das aber ist kein willkürakt sondern ein dornenreicher weg im falle der deponie in winnenden.

um das ungleichgewicht zwischen der am längeren hebel sitzenden verwaltung und den bürgern zu beseitigen, haben winnender bürger rechtsschutz gesucht. herr rechtsanwalt kopf wird uns vertreten. er ist ein in der ganzen bundesrepublik geschätzter oder bei verwaltungen gefürchteter anwalt für verwaltungsrecht. herr kopf wird nach winnenden kommen und die bürger unserer stadt aufklären und unseren rechtsschutz übernehmen.

wenn die winnender bürger zusammenstehen und sich mit allen legalen mitteln gegen die geplante großdeponie wehren, wird nichts ohne uns gehen. wenn wi r geschickt politisch taktieren und ein kleines geldopfer bringen, um den anwalt zahlen zu können, werden wir für einige jahre die müll-großdeponie verhindern oder gar entgültig unmöglich machen. zeit gewinnen bedeutet für uns, daß die verfahren zur verwertung der rohstoffe aus müll immer wirtschaftlicher werden und schließlich angewandt werden müssen.

wir sollten sogar versuchen, in einem "winnender modell" das müllproblem durch vorsortierung der rohstoffe und kompostierung der reste zu lösen. beratungen darüber sind im gange.

verf.: helmut diehl, winnenden, petristr. 36

konten für spenden an die bürgerinitiative mülldeponie: volksbank 8877009, kreisspk. 7117116, dresdner bank 4001266-01

STUTTGART (ID) 18. dezember

DEMONSTRATION IN STUTTGART GEGEN DAS KKW IN WYHL

am dienstag, dem 17. 12., stand im stuttgarter landtag die entscheidung über den bau des kernkraftwerkes in wyhl an. deshalb veranstalteten an diesem tag bewohner des betroffenen gebietes - aus wyhl, den dörfern des kaiserstuhls, marckolsheim und den umliegenden französischen ortschaften eine demonstration vor dem landtag, um den protest gegen das projekt fortzusetzen. in 15 bussen sind die demonstranten in stuttgart angekommen, vor der stadt noch für eine halbe stunde von der polizei aufgehalten worden.

unser plan, zum landtag zu ziehen, wurde uns von der polizei mit dem hinweis auf das demonstrationsverbot innerhalb der bannmeile zunichte gemacht. wir verlegten die kundgebung auf einen anderen kleineren platz. es goß in strömen, und wir zogen deshalb nach der kundgebung ein stück näher in richtung landtagsgebäude, nämlich unter das vordach des museums. die polizisten bildeten ketten um uns herum. 5 delegierte gingen zum landtag, um eine diskussion mit den abgeordneten zu erreichen. wir warteten eine stunde lang, riefen

parolen: "kein kkw am kaiserstuhl"- "es geht um unsere gesundheit". auf einem transparent stand: "sonne, wind und kohle sind besser als atome". es gab musik - und die stuttgarter fragten uns, ob wir zur nächsten demo nicht ein paar flaschen "kaiserstühler. wein" mitbringen könnten. so kam es zu gesprächen auf der straße.

nach einer weiteren stunde verzogen sich die polizisten, sicher, daß wir ruhig bleiben würden, und weil sie vom regen durchnässt waren. als wache blieben noch zwei zurück. wir nutzten die situation aus, um entgültig im landtag zu landen. die debatte war abgeschlossen, und einige abgeordnete erklären sich zu einer äußerung bereit, unter der bedingung , daß alle unter das museumsdach zurückgehen. ein cdu-abgeordneter gibt bekannt, daß der bau des kkw genehmigt worden ist. er wird ausgepfiffen. dann folgte blablablabla der spd/fdp, die auch nichts besonderes zu sagen hatten. die demonstranten schreien "haeberle raus". danach wurden noch lyrische dichtungen im dialekt gegen das kkw vorgetragen und dann zurückgefahren.

DARMSTADT (ID) MAGISTRAT KONTRA JUGEND
16. dezember

der magistrat der stadt darmstadt hat beschlossen, dem stadtjugendring darmstadt die personal- und sachmittel für den referenten für politische bildung zu sperren. damit wurde gleichzeitig erreicht: verhinderung des selbstverwalteten jugendzentrums oetinger villa, versagung der mitbestimmung der jugendverbände bei der vergabe des veranstaltungsraumes in der oetinger villa.

die verhinderung der politischen bildungsarbeit des stadtjugendringes würde bedeuten, daß die verwirklichung des von den sozialdemokraten im hessischen landtag beschlossene bildungsurlaub-gesetzes in darmstadt erheblich erschwert wird, weil das umfangreiche seminarprogramm zum bildungsurlaub, daß der sjr für 1975 geplant hat, ohne hauptamtlichen bildungsreferenten nicht durchgeführt werden kann.

zur situation im verein jugendzentrum

nachdem die clubsekretäre des vereins kündigen mußten, weil sie wegen des vertragbruchs der stadt kein geld mehr bekamen, merkten wir im verein bald, welche fehler wir bisher gemacht haben. wir hatten uns zu sehr auf die funktionäre und hauptamtlichen verlassen, "die uns den kampf schon abnehmen würden" und haben uns praktisch nur um die jugendlichen in den gruppen (jusos, sdaj, dlrg etc) gekümmert. die, die es am meisten betrifft, die unorganisierten jugendlichen, wurden von uns nicht miteinbezogen in den kampf um eine offene, selbstverwaltete oetinger villa.

der magistrat muß auf der einen seite jugendpolitisch was vorweisen, nachdem er jahrelang nur davon geredet hat. dort soll aber friedhofsruhe unter der kontrolle des jugendamtes herrschen. deshalb dürfen auch nur gruppen in die villa, die der magistrat als förderungswürdig anerkennt. wenn eine gruppe unbequem ist, bekommt sie die förderungswürdigkeit wieder aberkannt und fliegt aus der villa raus. das ist das "demokratische" konzept, die jugend unter dermagistratsfuchtel zu halten. diese politik reiht sich ein in eine folge ähnlicher angriffe auf die rechte der jugendlichen in hessen (inzwischen wurden über 20 jugendzentren geschlossen) und im bundesgebiet. die disziplinierungen verschärfen sich zu einer zeit, wo lehrstellenknappheit, jugendarbeitslosigkeit, freizeit- und schulmiseren besonders deutlich werden.

doch mit diesem jugendfeindlichen konzept stößt der magistrat auf den widerstand der jugendlichen. im verein haben wir jetzt aus den fehlern gelernt. der schlag des magistrats gegen eine selbstverwaltete, offene oetinger villa richtet sich gegen alle darmstädter jugendlichen, weil die lage von uns jugendlichen so beschissen ist. das ist der punkt, um den sich die jugendlichen im verein jugendzentrum jetzt kümmern müssen, worüber sie in schule und betrieb mit ihren kollegen sprechen müssen.

wir haben auf der letzten mitgliederversammlung eine aktionswoche vom 16. bis 20. dezember beschlossen und den aktionsausschuß gegründet, der diese woche vorbereitete. in der aktionswoche wurde beraten, wie wir den kampf um ein jugendzentrum in darmstadt führen, wozu uns das jz nützen kann, was wir dort machen können. der verein informierte über das, was bisher gelaufen ist. dazu wurde theater gespielt, wurden filme gezeigt, lieder gesungen, flugblätter und infostände gemacht.

DARMSTADT (ID) JUGENDARBEIT OHNE DIENSTSIEGEL
16. dezember

der hessische verwaltungsgerichtshof hat am 15. 11. 74 die beschwerde des vereins jugendzentrum e.v. gegen den beschluß des verwaltungsgerichts darmstadt vom 29. 8. 74 zurückgewiesen. der verein jugendzentrum soll jetzt dm 4.367,- an gerichtskosten als strafe dafür zahlen, daß er es gewagt hat, die einhaltung des nutzungsvertrages über die einrichtung der oetinger villa als jugendzentrum dem magistrat der stadt darmstadt gegenüber einzuklagen. das einzige argument des gerichts: auf dem vertrag fehlt das dienstsiegel des magistrats.

FRANKFURT (ID) VERFAHREN ABGELEHNT : GEGEN RICHTER UND STAATSANWALT
17. dezember

das oberlandesgericht frankfurt hat die eröffnung des hauptverfahrens gegen den richter am amtsgericht frankfurt weitz und staatsanwalt eckert aus frankfurt abgeleh.nt. richter weitz hatte gegen den hamburger studenten martin kahl haftbefehl erlassen mit der behauptung, kahl hieße dieter meier, und habe außerdem keinen festen wohnsitz in frankfurt, sondern nur einen wohnsitz in hamburg. kahl hatte seinen personalausweis mit seiner hamburger anschrift vorgelegt. die angaben waren von der kripo in hamburg bestätigt worden. das bundeskriminalamt erklärte damals, nach vergleich seiner fingerabdrücke könne es sich bei ihm nicht um martin kahl handeln, sondern um eine andere person. statt sofort den einwänden von martin kahl nachzugehen, hat der richter die akte zunächst der staatsanwaltschaft zur weiteren bearbeitung zugeleitet und den haftbefehl aufrechterhalten. das oberlandesgericht hat die eröffnung eines hauptverfahrens deshalb abgelehnt, weil eine strafverfolgung wegen freiheitsberaubung im amt nur in betracht kommt, wenn der richter mit direktem vorsatz gehandelt hat. daß der richter die freiheitsberaubung nur in kauf genommen hat, also mit bedingtem vorsatz handelte, macht sein verhalten nicht strafbar. das oberlandesgericht meint dazu, "diese beschränkung der strafrechtslichen verantwortlichkeit des richters bildet ein teilstück der sicherung der unabhängigkeit des richters."

das oberlandesgericht konstitu iert damit eine bedenkliche einschränkung der strafrecht-

'lichen verantwortlichkeit von richtern.

MÜNCHEN(ID) WURDE KANZLER BRANDT WÄHREND DER OLYMPIADE-ERÖFFNUNGSFEIER "ENTFÜHRT"?

nach unbestätigten informationen wurde bundeskanzler b r a n d t bei der eröffnung der olympiade in münchen am 26. august 1972 "gekidnappt".

der information nach spielten sich kurz vor der eröffnung in den gängen zur ehrentribüne folgende ereignisse ab:willy brandt und seine begleiter wurden von uniformierten olympia-hostessen zur tribüne geführt.durch den lebhaften verkehr und die allgemeine aufregung in den gängen verlor sich der kanzler und verschwand.es folgte eine fieberhafte suche nach ihm,die jedoch nach fast einer stunde zum erfolg führte.

willy brandt wurde von den sicherheitsbeamten im bereich der frauentoilette gefunden und endlich zur ehrentribüne geführt.

eine fast unglaubliche geschichte.gleichermaßen merkwürdig ist jedoch,daß brandt auf fernseh-und filmmaterial über die erste stunde der eröffnungsfeier auf der ehrentribüne nicht zu finden ist.

wenn man die vollkommene unselbständigkeit aller staatsmänner,die selten wissen, wo es langgeht·,bedenkt,leuchtet die erklärung für das verschwinden einigermaßen ein:

zwei der olympia-hostessen wollten den bundeskanzler um autogramme bitten und führten ihn dabei auf irrwege.als der bundeskanzler bemerkte,daß er von seinen begleitern abgeschnitten war, verhielt er sich vermutlich nach sicherheitsbestimmungen,die in solchen fällen von eigenen aktionen abraten und eigensicherung vorschreiben.daraufhin schloß sich der kanzler in die frauentoilette ein.

AUSLAND

STOCKHOLM (ID) OFFENER BRIEF AN DEUTSCHEN BOTSCHAFTER WEGEN ISOLATIONSHAFT
19. dezember

wir veröffentlichen heute einen offenen brief, der uns aus schweden zugegangen ist. in diesem brief fordern die unterzeichner - u.a. 19 reichstagsabgeordnete, 24 schriftsteller und der vorsitzende der schwedischen un-sektion von der bundesregierung deutschland die aufhebung der sonderbehandlung , der vernichtungshaft. dieser brief ist am 12. 12. 74 dem deutschen botschafter in stockholm übergeben worden.

offener brief an die regierung der bundesrepublik deutschland

wie wir erfahren haben, befinden sich 40 politische gefangene in der brd und westberlin seit dem 13. september 1974 in einem unbefristeten hungerstreik. dieser hungerstreik richtet sich gegen die menschenvernichtende isolationshaft, die gegen die gefangenen aus der raf (rote armee fraktion) und anderer militanter gruppen seit beginn ihrer inhaftierung angewandt wird. diese isolation, die die politischen gefangenen von allen anderen gefangenen isoliert und teilweise sogar von allen menschlichen geräuschen abschneidet, dauert bei einigen gefangenen bereits 4 jahre. sie hat zum ziel, die politischen gefangenen zu vernichten.

der hungerstreik ist das einzige mittel der gefangenen, gegen die vernichtungshaft zu kämpfen, nachdem alle initiativen ihrer anwälte und öffentliche proteste im in- und ausland nichts gefruchtet haben. er wird erst beendet, wenn die sonderbehandlung zur vernichtung der gefangenen für alle isolierten gefangenen aufgehoben ist.

die justiz versucht mit allen mitteln, den hungerstreik zu brechen, um nicht die forderunge erfüllen zu müssen. so wurde zwei gefangenen (ronald augustin in lingen und wolfgang quante in bremen) drei tage lang das trinkwasser entzogen, was in der situation des hungerstreiks innerhalb von höchstens 10 tagen zum tode führt.

ein gefangener, holger meins, ist am 9. november gestorben. anstaltsarzt, anstaltsleiter, justiz und staatsschutzpolizei haben ihn verhungern lassen. er hat am schluß bei 1.85 m körpergröße nur noch 39 kg gewogen. die menge der nahrung, die ihm zwangsweise zugeführt wurde, hat in den letzten wochen nur 200 kalorien pro tag betragen. nach medizinischen erkenntnissen ist die lebensnotwenige kalorienmenge mindestens 1.600 kalorien am tag.

inzwischen befinden sich alle hungerstreikenden gefangenen in lebensgefahr.

wir fordern mit den anwälten der politischen gefangenen und den komitees gegen folter von der regierung der bundesrepublik deutschland die sofortige erfüllung der forderung der gefangenen im hungerstreik: aufhebung der sonderbehandlung, der vernichtungshaft.
stockholm den 5. dezember 1974
es folgen die namen der unterzeichner

UTRECHT (ID) INTERNATIONALES KOMITEE FÜR DIE VERTEIDIGUNG POLITISCHER GEFANGENER GEGRÜNDET
14. dezember

rechtsanwälte, ärzte und wissenschaftler haben am 14. 12. 74 auf einer zusammenkunft in utrecht die bildung eines internationalen komitees für die verteidigung politischer gefangener in europa beschlossen. sie haben sich dazu jetzt entschlossen, wegen der entwicklung neuer unterdrückungsmethoden in westeuropa und ganz besonders in der bundesrepublik deutschland, wo die gefangenen aus der roten armee fraktion (raf) den mörderischen haftbedingungen der sensorischen deprivation ausgesetzt sind.

die erste aufgabe dieses internationalen komitees wird die sicherung der verteidigung der politischen gefangenen in westdeutschland und westberlin sein: rechtsanwälte aus frankreich, belgien, holland, italien und norda merika werden die verteidigung der deutschen politischen gefangenen mitübernehmen; ärzte aus diesen ländern werden ihren gesundheitszustand untersuchen; das komitee wird klagen bei der europäischen menschenrechtskommission einreichen, gem. art. 3, der bestimmt: "niemand darf der folter oder unmenschlicher oder erniedri-

gender strafe oder behandlung unterworfen werden."
adresse des komitees: internationales verteidigungskomitee
c/o institut für entwicklungspsychologie, arbeitsgruppe für politische gefangene
utrecht, eisenhowerlaan 4, holland

MADRID (PTS/ID) RUF NACH POLITISCHER FREIHEIT
12. dezember

am 11. dezember zogen etwa 200 000 arbeiter, studenten und schüler in vier baskischen provinzen, guipuzcoa, alava viscaya und navarra auf die straße, um sich für die politischen gefangenen und gegen die repression in spanien zu wehren.

die arbeiter und studenten verteilten flugblätter, in denen sie die verbrechen des regimes anklagten, sich gegen die gestiegenen lebenshaltungskosten aussprachen und die amnestie der politischen gefangenen verlangten, ebenso wie die "selbstbestimmung für euzkadi (baskenland). etwa 900 gefangene sollen sich dem hungerstreik angeschlossen haben, der vor 2 wochen begann.

der streik vom 11. dezember war der größte seit 26 jahren und fiel mit dem 4. jahrestag der burgosprozesse zusammen (1970, als 150.000 auf den straßen waren, um die 15 angeklagten baskischen nationalisten zu unterstützen).

in euskadi dehnte sich der streik auf alle sekt.oren aus; auch professoren, transport-, verkehr- und bankangestellte und kleinhändler schlossen sich an. in vielen schulen fiel der unterricht aus, ebenso an den unis. von offizieller seite hieß es, um möglichen vorfällen vorzubeugen.

in navarra streikten etwa 30.000 arbeiter (fast alle arbeiter dieser gegend), um höhere löhne und vergünstigungen. in pamplona mußten deshalb 62 fabriken und andere geschäfte geschlossen werden. die meisten banken mußten auch schließen, weil die angestellten dem eintägigen streikaufruf folgten. der streik legte fast die ganze provinz guipuzcoa lahm, den baskischen fischhafen von bermeo und das industriegebiet von oria.

die spanische regierung schickte viele polizisten und spezialtruppen nach euzkadi, wo sie hauptsächlich in einkaufs- und bürozentren sowie industriezonen patroullierten. bombenexperten mußten kommen, um den dutzenden bombendrohungen nachzugehen, die sich auf banken, geschäftshäuser, fabriken und öffentliche gebäude richteten.

verschiedene demos fanden statt, die in auseinandersetzungen mit der polizei mündeten: in vitoria, san sebastian, tolosa und hernani. in hernani schoß die polizei, und ein student wurde verletzt. überall bei den demos wurden leute festgenommen, doch exakte zahlen sind nicht bekannt, außer in san sebastian, wo 16 festgenommen wurden.

die spanische kommunistische partei lehnte die unterstützung des massiven streiks ab, der von der eta, der internationalen kommunistischen partei (trotzkisten), der spanischen kommunistischen bewegung (anti-revi), der libertären jugend (anarchisten), der ugt (allgemeine arbeiterbewegung) und der sozialistischen arbeiterpartei organisiert wurde..

DUBLIN (ID) SINN FEIN UND IRA ERNEUT GESPALTEN
19. dezember

nachdem sich im jahre 1970 die herkömmliche sinn féin und die ira in die beiden fraktionen der officials und der provisionals spalteten, wobei unter "officials" bislang die "sozialistische" gruppierung gesehen wurde, und unter "provisionals" die nationalistische, spaltete sich in der zweiten dezemberwoche die republikanische bewegung erneut.

etwa 80 delegierte und teilnehmer des ard fheis (parteitag) der offiziellen sinn féin in dublin verließen ihre organisation und gründeten paralell zum parteitag ihre eigene parteiorganisation, die sie "sozialis.tische irische republikanische bewegung" nannten. gleichzeitig berichtete die irische presse, daß ein ganzer bezirk und mehrere unterorganisationen der offiziellen sinn féin ihre partei verlassen hätten.

die zentrale politische person der neuen sinn féin partei, die auch militärische aktivitäten in nordirland aufnehmen wird, ist seamus costello, ehemaliges mitglied des zentralkomitees der offiziellen sinn féin und lange zeit chef der militärischen einsätze in nordirland. costello wurde vor einiger zeit aus der offiziellen sinn féin und ira suspendiert. die wichtigen politischen differenzpunkte zwischen alter und neuer sinn féin sind: a) die bedeutung der militärischen initiativen im norden (von der neuen partei bejaht), b) die frage der politischen bedeutung der kämpfe nordirlands für gesamtirland (von der neuen partei bejaht) sowie die frage der abgrenzung von der sowjetunion (ebenfalls von der neuen partei bejaht.)

eine ausführliche politische dokumentation stellt demnächst das westdeutsche irland-solidaritätskomitee - 637 oberursel 5 - postfach 35, zusammen.

ITALIEN (ID/LIBE) HALLO ITALIEN I T T HÖRT MIT !
20. dezember

vor einem jahr wurde durch die wochenzeitung "siette giorni" bekannt, daß es in italien ein paralleles telefonnetz, von itt kontrolliert, gibt. mittlerweile beunruhigt ein solches netz die linken, vor allem seit gerüchte über putschversuche auftauchten. diese tatsache stellt die organisation der nato und auch die linken in frage.

offiziell besitzt die römische polizei zwei abhörzentralen, die eine abhängig von der verwaltung und die andere von der leitung der karabinieri. eine weitere telefonzentrale existiert in den kellern des postministeriums. diese hat keine legale existenz, ist nirgends registriert, kann aber trotzdem mehrere tausend städtische anschlüsse kontrollieren.

die angestellten dieser zentrale sind normalerweise ausländer und unabhängig vom postministerium. tatsächlich untersteht sie der nato und genießt deshalb exterritoriale rechte. sie braucht dem italienischen staat keine rechenschaft abzulegen. die offizielle polizei kann nur über diplomatischem weg intervenieren.

die ganze ausrüstung der zentrale ist von einer tochtergesellschaft von itt beschaft worden. so können teile des telefonnetzes in rom von der nato lahmgelegt werden - ohne, daß ihr eigenes paralleles netz funktionsuntüchtig wird.

seit einigen jahren hat die itt eine reihe von kleineren gesellschaften aufgesogen, die vorher von der italienischen post (sip), die das telefonmonopol hat, kontrolliert wurden. itt hat dieses monopol der sip unterhöhlt.

LIMA (ID) DER KAMPF DER BAUERN IN PERU

november 74 die bauernkonfederation von peru, die ccp (confederacion campesino de peru), die 1947 gegründet wurde und über eine mitgliederzahl von ungefähr 170 000 kleinbauern und landarbeiter verfügt, wird in diesen tagen durch die peruanische polizei und die armee stark unterdrückt. ungefähr sechzig bauernführer sitzen im moment in den gefängnissen von lima, abancay, andahuaylas und cusco. die organisation hat in den monaten august und september massive landbesetzungen durchgeführt im departament apurimac, speziell in der gegend um andahualas herum im zentralen hochland südöstlich von lima. die landreform der regierung funktioniert dermaßen träge in diesen gebieten, daß die mehrzahl der kleinbauern in äußerst schwieriger wirtschaftlicher situation sind. dies ist teilweise die ursache für die von der ccp organisierten landbesetzungen, die die bauern in ungefähr 50 landgütern durchgeführt haben. mitte august gab es ein gespräch zwischen den verantwortlichen regierungsstellen und der ccp, wobei übereinkunft erzielt wurde darüber, daß die prinzipien der landreform angewendet werden sollen auf die von den bauern besetzten landgüter.

mitte oktober änderten die militärs ihre taktik und fingen eine starke unterdrückungskampagne an, wobei mindestens sechs bauernführer ums leben gekommen sind und ungefähr sechzig ins gefängnis geworfen wurden. durch die verhaftungen und das klima der unterdrückung leben die bauern mit ihren familien in dieser gegend in einer äußerst schwierigen lage. frauen und kinder müssen umständliche und lange reisen auf sich nehmen, um ihre verhafteten männer in lima (600-800 km) oder anderen departamentshauptstädten zu besuchen. durch die eingetretene regenzeit muß man tagelange fahrten in kauf nehmen. außerdem fehlt in vielen familien der ernährer, wodurch es ihnen sehr schwer wird, ihr existenzminimum aufrechtzuerhalten. anwälte, die bauernführer verteidigen wollen, sind schwer zu finden oder fordern hohe honorare. einer der anwälte, die jahrelang bauern und gewerkschaftliche organisationen verteidigten, wurde neulich wegen seiner beruflichen tätigkeit für die bauernorganisation in andahuaylas über eine woche eingesperrt. durch die ungenaue und verzerrte berichterstattung in der peruanischen presse über die tatsächliche lage in den betroffenen gebieten steht die ccp vor großen schwierigkeiten, um die öffentliche meinung aufzuklären über die ziele ihrer bewegung und über das schicksal der bauernführer. druck- und vervielfältigungskosten sind hoch, und viele druckereien schrecken vor dem risiko zurück, informationsmaterial der ccp zu drucken. ein vervielfältigungsapparat ist schwierig auszuleihen, wegen der strikten kontrollen der staatsorgane; während geld für den kauf von maschinen, papier usw. in vielen fällen fehlt.

die ccp ist eine organisation mit dem ziel, kleinbauern und landlose landarbeiter in einem prozeß der bewußtseinsbildung zu organisieren. dabei arbeiten sie unabhängig von der regierung, weil sie in der praxis oft genug erfahren mußten, daß die mit der landreform beauftragten behörden, zusammen mit großgrundbesitzern und der polizei, die von der regierung erlassene landreform zu sabotieren versuchen und die bauern um ihre rechte bringen.

PERU (ID) AUS DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

17. dezember am 9. und 10. november 74 hat eine "nationale klassistische gewerkschaftsversammlung" (asamblea sindical nacional clasista) in peru stattgefunden. es nahmen über 100 betriebssyndikate und delegierte der wichtigen metall- und minenarbeitergewerkschaft und anderer federationen teil. die meisten sind mitglieder des reformistisch geführten gewerkschaftsbundes cgtp, in dem die moskauorientierte kp dominiert. die in dieser klassistischen versammlung anwesenden bilden die nichtreformistische fraktion in diesem größten gewerkschaftsbund perus. es war bereits die vierte nationale veranstaltung dieser art (die erste war im oktober 73).

wichtigster beschluß war die fortsetzung des kampfes innerhalb und außerhalb der cgtp und keine bildung einer neuen (das wäre dann die 5.) gewerkschaftszentrale. wichtig ist weiter die anerkennung der ccp (confederación campesina del perú) als der zentrale, die durch ihre politik ihre ebenfalls nicht-reformistische linie bewiesen hat. die ccp ist die nationale klassenorganisation der armen bauern und landarbeiter perus, die unter dem einfluß der relativ undogmatischen vanguardia revolutionaria (vr) im letzten jahr reorganisiert wurde und dieses jahr ausgedehnte landbesetzungen von hazienden leitete.

die versammlung diente der auseinandersetzung besonders zweier positionen, einerseits der der patria roja (rotes vaterland), einer ml-partei, die den prozeß in peru für semifeudal im übergang zum kapitalismus hält, andererseits der der vanguardia revolutionaria, die sich zwar für die größten marxisten-leninisten lateinamerikas halten, aber wenigstens eine taktisch sehr geschickte, flexible und lernfähige politik in fabrik, marginalen schichten und der bauernschaft machen.

ECUADOR (ID) ALLE HUNGERSTREIKER FREIGELASSEN

17. dezember die hungerstreiker im knast in ecuador (s. ID nr. 60) sind nach angaben der kubanischen zeitung "granma" alle freigelassen worden, dazu noch einige linke mehr. allerdings nicht all jene, deren entlassung gefordert wurde.

MEXIKO (NEWSWEEK/ID) ZUM TOD VON LUCIO CABANAS

16. dezember die mexikanische regierung benötigte eine der größten militärischen aktionen seit den tagen von pancho villa, um lucio cabanas zu erwischen. sechs monate lang durchkämmten 20.000 mann - ungefähr 40 % der gesamten armeestärke - die berge, die sich hinter acapulco erheben. die bewohner dieser ärmsten gegend mexikos gaben den aufenthaltsort von cabanas nicht preis. schließlich stieß das 27. infantrie-bataillon zufällig auf cabanas in der nähe der stadt tecpan.

mexikanische zeitungen zeigten sich über die todesnachricht empört, da der leichnam des guerillakämpfers keinem zeugen gezeigt worden war. nach der darstellung der armee starben cabanas und 27 seiner anhänger in einem lebhaften feuergefecht. aber sechs seiner anhänger, die sich zur zeit verborgen halten, ließen wissen, daß er selbstmord begangen habe, als er in die falle geriet.

mit seiner gefolgschaft von 60 mann nahm cabanas reiche landbesitzer gefangen und verteilte das lösegeld an die armen. zu beginn dieses jahres, als sich die bauern beklagten, daß sie von der regierungs-kaffee-übernahmestelle in el porvenir betrogen würden, drang cabanas in das büro ein, stellte fest, daß die waagen nicht in ordnung waren, entnahm dem safe 6.000 dollar und gab bekannt, daß das geld jene bekommen werden, denen es gestohlen worden ist.

PUERTO RICO (ID/LNS) WARUM FLIESST DOCH WASSER - NATIONALGARDE ALS STREIKBRECHER

19. dezember

als der streik der 3.000 beschäftigten bei den wasserwerken am 28. november in seine fünfte woche ging, rief der govenor rafael hernandez colon die national garde. er begründete dies mit der erklärung, die verhandlungen zwischen den streikenden arbeitern und der regierung wären abgebrochen und die sabotage der wasser- und abwasseranlagen würde zunehmen.

die 3.000 mitglieder der authentic independent union of the sewer and aqueduct authority (aaa) streiken sei dem 30. oktober - trotz einer gerichtlichen verfügung. ein gesetz aus der kolonialzeit verbietet streiks von "öffentlichen" angestellten und fordert die zwangsschlichtung von arbeitskontroversen.

die arbeiter, die 105 dollar pro woche verdienen, fordern eine 30 %ige lohnerhöhung, sonderzulagen und verbesserte sicherheitsvorkehrungen. wichtiger als diese forderungen sind jedoch die rechte aller "öffentlichen" angestellten, sich zu organisieren und zu streiken. wie der streik ausgeht, wird wohl eine orientierung für die 149.000 angestellten im riesigen bürokratischen apparat des kleinen landes, sowie für die arbeiter in den "öffentlichen" einrichtungen, wie die des transport-, strom-, wasser-, kanalisation-, hafen-, und straßenwesens, usw. sein.

28 % aller puerto ricanischen arbeiter sind in diesen sogenannten "öffentlichen" einrichtungen beschäftigt und eine offizielle anerkennung ihrer gewerkschaften als verhandlungspartner würde praktisch die gewerkschaftliche zuwachsrate verdoppeln (jetzt 25 %). am 4. november, ein paar tage nachdem der streik anfing, wurden elf der gewerkschaftsführer zu dreißig tagen gefängnis verurteilt, weil sie die gerichtliche verfügung gegen den streik mißachteten. die arbeiter weigerten sich jedoch an verhandlungen teilzunehmen, solange ihre leute im knast waren, und ein generalstreik wurde angedroht.

die united labor movement (mou) versprach den eintägigen generalstreik zu tragen. (die mou ist eine vereinigung von mehr als100 gewerkschaften, die 18 % der organisierten arbeiter repräsentieren). unter anderen wollten auch die puerto rican independance party (pip) und die puerto rican socialist party (psp) den streik unterstützen. am 8. november gab der richter nach und ließ die gewerkschafter für fünf tage frei, um eine einigung zu erreichen oder wieder in den knast zu wandern. als der termin ohne erfolg verstrich, entschied sich govenor colon dazu, die elf zu amnestieren anstatt einen generalstreik zu provozieren. am 27. november drohte colon, die nationalgarde auszurufen, wenn die sabotageakte gegen wasserinstallationen nicht aufhörten, und wenn die verhandlungen nicht einen "zufriedenstellenden verlauf" nehmen.

die sabotage an den staatseigenen wasserwerken hat schon manche kleine dörfer für kurze zeit ohne wasser gelassen im letzten monat. am 26. november wurde eine schlüsselstellung in san juan (hauptstadt) getroffen und ließ die ganze stadt einen tag ohne wasser.

die gespräche wurden abgebrochen und colon entschied sich zu handeln. am 28. november rief er 1.000 nationalgardisten - es ist das zweite mal seitdem er im amt ist, daß er sie ruft während eines streiks (er ist seit januar 73 im amt). das erste mal war während eines streikes der feuerwehrleute und der arbeiter der kraftwerke im sommer 73.

der führer der mou, pedro grant, verurteilte die aktion des govenors und meinte, es gäbe eine reelle möglichkeit eines generalstreiks als protest zu dieser aktion. die psp verurteilte die aktion ebenfalls; und der präsident der pip, ruben berrios martinez, sagte, "der politische charakter dieser (colon-)aktion ist, macht zu zeigen und nicht, eine maßnahme, um die gesundheit des volkes zu schützen." die behauptung, die nationalgarde sei als streikbrecher eingesetzt, hat colon dementiert. hector rene lugo, der präsident der aaa, hat aber nachgewiesen, daß gardisten verschiedene arbeiten in wasseraufbereitungsanlagen in puerto nuero und la plate übernommen hätten.

lugo meinte weiter, daß die kosten des einsatzes der nationalgarde 350.000 dollar für fünf tage waren, wobei die forderungen der streikenden nur 325.000 dollar für das ganze jahr betrügen.

eine reihe von bomben explosionen in verschiedenen städten am 1. dezember war der "grund" für den einsatz weiterer gardisten - jetzt insgesamt mehr als 2.000 . colon strich auch allen ausgang der polizei und hält sie jetzt in alarm bereitschaft.

die bomben zerstörten: - ein itt-büro (komplett), san juan - ein bürger king restaurant (schwer) und ein woolworth (auch schwer), beide in carolina - mehrere us army reserve fahrzeuge in ponce - weiter wurden wasserrohre, die zur commonwealth oil refining company und der union carbide oil refinery (beide in der küstenstadt penuelas) führten, gesprengt. niemand wurde verletzt. bis jetzt hat keiner die verantwortung dafür übernommen.

die fortwährende störung von aaa-gewerkschafts-funktionären durch polizei und staat wurde jetzt auch noch auf andere gewerkschaftsführer und mitglieder der puerto rican socialist party ausgedehnt. am morgen des 4. dezembers brachen polizisten mit automatischen gewehren und schrotflinten in sechs wohnungen in ponce ein; sie suchten angeblich waffen. sie sollen zwei messer, ein luftgewehr, einen reisepaß und eine 25 kaliber pistole ohne patronen mitgenommen haben. außerdem nahmen sie zwei arbeitspläne mit; einen der "claridad", die zeitung der psp und einen der national union of workers.

eduard cruz, präsident des zk der psp, wurde wegen eines verstoßes gegen ein waffen-

gesetz angeklagt, weil er die 25 kaliber pistole angeblich in seinem haus hatte. oswaldo romero und alberto gonzalez, funktionäre der boilermakers (kesselbauer) union, wurden wegen verkehrswidrigkeiten angeklagt. alle drei wurden nachmittags gegen kaution freigelassen. die zeitung "claridad" schreibt, daß nach vertraulichen berichten general fernando chardon von der nationalgarde dem govenor vorgeschlagen hat, weitere kräfte aus den staatsreserven zu beantragen. dies wurde bestätigt, als william rivera, soldat in fort buchanan bei san juan, berichtete, daß das militärpersonal dort in alarmzustand versetzt wurde. es wurde ihnen gesagt, daß sie jederzeit eingesetzt werden könnten, um die nationalgardisten in den straßen zu unterstützen.

rivera wurde zusammengehauen und eingesperrt, als er öffentlich bekanntgab, daß er nicht gewillt ist, gegen seine eigenen leute zu schießen und als er andere soldaten zu ähnlichem aufforderte.

ein rechtsanwalt des legal institute of puerto rico versucht seitdem, ihn zu erreichen.

NEW YORK (LNS/ID) MISSBRAUCH VON RÖNTGENSTRAHLEN FÜHRT ZU TODESFÄLLEN

12. dezember

laut dr. karl z. morgan, professor für gesundheitsphysik am georgia institute of technology, sterben in den staaten etwa 3.000 leute an krebs, der von übermäßiger röntgenbestrahlung stammt. (pro jahr)

dr. morgan war von 1943 - 1972 direktor für gesundheitsphysik bei der oak ridge national laboratory (von der atomic energy commission betrieben). er meint, daß die meisten ärzte und zahnärzte nicht den blassesten schimmer von den gefahren haben, die der umgang mit diagnostischen strahlen mit sich bringt.

seiner ansicht nach kann man mit wenig aufwand die menge der strahlung, der man sich aussetzt, um 9/10 (neun zehntel) herabsetzen und gleichzeitig die medizinischen vorteile von röntgenstrahlen vergrößern.

die strahlungsmenge könnte verringert werden durch den gebrauch von neueren maschinen, regelmäßige inspektion der geräte, spezialausbildung für strahlentechniker in sicherheitstechniken, und das verbot der röntgenuntersuchungen der brust als mittel zur erkennung von tuberculose.

kalifornien ist der einzige staat, der kurse für strahlenschutz während der medizinischen ausbildung vorschreibt. morgan nennt jene ärzte verantwortungslos, die frauen einer durchstrahlung unterziehen, ohne zu wissen, ob sie schwanger sind. ein menschlicher fötus, der röntgenstrahlung ausgesetzt wird, wird wahrscheinlich schon vor der geburt krebs und/oder geburtsfehler entwickeln.

ERKLÄRUNG

ERKLÄRUNG 1 AUSZÜGE AUS EINEM AUFRUF DER FAHRPREIS-KAMPAGNE-BETROFFENEN IN FRANKFURT

nachdem die fvv-kampagne für die linke gescheitert war, setzte nur bei wenigen gruppen ein selbstkritikprozeß ein, insgesamt aber wurde die aktion im nachhinein nicht weiter öffentlich diskutiert und nachbereitet. besonders deutlich zeigte sich dieses verhalten bei den verschiedenen sponti-gruppen - und um diese geht es uns hier vorrangig - deren analyse sich weitgehend auf zwei artikel in der wwa beschränkt e, mit dem benahe schon obligatorischen hinweis, daß die diskussion fortgeführt werden solle, was dann aber nicht geschah. uns erscheint gerade dieses verhalten für die politik der sponti-gruppen symptomatisch: nämlich das ständige auseinanderklappen von anspruch und dessen einlösung. wir, die von der justiz im zusammenhang mit der fvv-kampagne angeklagt werden, haben gerade diesen widerspruch deutlich erfahren müssen, zumal ein großer teil von uns nicht organisiert ist. ein großer teil der verhafteten und jetzt angeklagten, vor allem die unorganisierten, steht jetzt mehr oder weniger isoliert da und kann seine probleme lediglich im freundeskreis oder mit bekannten diskutieren. eine häufige reaktion ist, daß sich viele gänzlich vom politischen geschehen zurückziehen. um diese vereinzelung und isolation aufzuheben, haben sich einige genossen und genossinnen , die bereits prozesse hatten, oder noch zu erwarten haben, seit einigen wochen regelmäßig getroffen, um zu diskutieren, wie die prozesse im einzelnen vorbereitet, wie zeugen gefunden und gerichtskosten und geldstrafen gemeinsam getragen werden können.

wir müssen als gruppe unmittelbar betroffener den anderen von prozessen bedrohten, die nicht (oder noch nicht!) bei uns mitarbeiten und meist individuell damit fertigwerden müssen, vor allem aber der masse der "mitkämpfer" , die noch mal oder wieder ein mal davongekommen sind, und den linken organisationen und gruppen klarmachen, daß unsere 'scheinbare' 'privatsache' alle angeht, eine politische frage ist. einen guten ansatz dafür hat die jugendhaus-initiative bockenheim geleistet, die direkt nach der räumung des besetzten hauses in der varrentrappstraße eine versammlung der verhafteten durchgeführt hat, in flugblättern die bevölkerung über die umstände der räumung und verhaftungen informierte und die rücknahme der anklagen forderte.

wir sind der ansicht, daß schon vor bestimmten aktionen die zu erwartenden folgen diskutiert werden müssen, und wie man sich darauf einstellen kann; daß eine wirkliche verbindlichkeit unter den teilnehmern an demonstrationen hergestellt werden muß, um sich besser vor verhaftungen schützen zu können; daß nach größeren verhaftungswellen jeweils versammlungen stattfinden müssen, auf denen die linken gruppen und die nicht-organisierten diskutieren, wie man den verhafteten helfen kann usw. , daß nach dem ende der aktion auf der straße diese aktionen nachbereitet werden müssen, worunter gerade auch die prozesse gehören. das bedeutet, daß die agitation auch nach dem ende einer aktion fortgeführt werden muß und daß die bevölkerung über die verhaftungen und deren funktion informiert wird.

zunächst sollten die jetzt anstehenden prozesse bewältigt werden. wir nehmen an, daß sehr viel mehr betroffen sind, als sich bisher getroffen haben. deshalb geben wir den ort und termin nochmals bekannt: jeweils mittwoch, 18.00 - 20.00 uhr, studentenhaus, raum 203. nächster termin 8. januar 1975. darüberhinaus haben wir vor, im neuen jahr eine veranstaltung (fest) zu machen, in der wir genauer über unsere arbeit berichten und auch geld sammeln werden.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 JÄGER SOLIDARISIEREN SICH NICHT MIT IHREN OPFERN (teil I)

bei dem einen (drenkmann) gab es eine unübersehbare anzahl von presseberichten, kein öffentliches organ ließ es sich nehmen zu feierlichen beschwörungen der freiheitlich- demokratischen grundordnung aufzurufen - als krönung ein staatsbegräbnis.

dieser tote erfüllte seinen zweck, wurde zum mittel, wurde zur waffe gegen alle frager und gegen die, die widerstand leisten. dietmar kupke, der seine richterliche tätigkeit als einen kampf gegen bürokratische und unmenschliche strukturen und für sozial-staatliche elemente innerhalb der justiz auffasste, wurde opfer eines skrupellosen kesseltreibens, dessen system er in seinen folgenden darstellungen nur zu eindrucksvoll beschreibt. seine beschreibung von richterlicher unabhängigkeit und rechtsprechung ruft gegenüber der offiziellen phrasiologie von rechtsstaat geballte fäuste hervor.

das ziel wurde erreicht - richter kupke wurde zerbrochen - in den tod getrieben. ein opfer - nur schweigen? jäger solidarisieren sich nicht mit ihren opfern!!!(sak (sozialistisches arbeitskollektiv jura), berlin)

AUSZÜGE AUS EINEM GESPRÄCH DER PROJEKTGRUPPE MIETRECHT mit DIETMAR KUPKE "wenn einer isoliert ist, geht er nervlich kaputt"

ich möchte anfangen, mich selbst vorzustellen. ich bin schon lange im mietrecht tätig. 1970 bin ich erstmals aushilfsweise hier als mietrichter hingesteckt worden bzw. abgeordnet worden, wie es so bei der justiz heißt. dann allerdings bin ich hier in diese ganze mietrechtsentwicklung reingekommen, mit diesem problem konfrontiert werden und habe auch an spektakulären prozessen teilgenommen, so z.b. auch an dem kettenhofwegprozeß. der kettenhofwegprozeß ist bekannt, ich habe damals zunächst mit unterstützung der stadt und des wohnungsamtes einen vergleich zustande gebracht. ein jahr später ist es dann zu einer schweren schlacht gekommen, was ich eben verhindern wollte. ebenso habe ich mich dann auch an der universität mit mietrecht befaßt, insofern als man aus studentischer sicht an mich herangetreten ist, ob ich bereit wäre, im rahmen einer losen veranstaltung in der universität über meine erfahrungen zu berichten... wir sind dann über das mietrecht hinausgegangen und haben gesehen, daß mietrecht, baurecht und bodenrecht unzertrennbar miteinander verbunden sind. wir versuchen deshalb auch weiter dahingehend tätig zu sein. ich war inzwischen auch mal zwei jahre aus der praktischen arbeit weg. ich bin erst seit zwei monaten wieder als mietrichter tätig. in der zwischenzeit war ich auch am schwurgericht in einem prozeß tätig, wo es einen knall gegeben hat, von dem sie wahrscheinlich auch in berlin gehört haben. der prozeß ist geplatzt, weil sich die vorsitzende als befangen abgelehnt hat... ich habe eine presseerklärung abgegeben, indem ich auf einen mißstand (zwischenruf: fasold-prozeß); indem ich auf grund des pätsch-urteils auf einen gravierenden mißstand in der frankfurter justiz hingewiesen habe, nämlich die überbelastung der vorsitzenden richterin, die noch durch zu große kammergerichtstätigkeit überfordert ist, sodaß sie im schwurgerichtsprozeß, wo es immerhin um kapitalverbrechen geht, wo hohe strafen auf dem spiel stehen, sogar lebenslänglich, so hat sich die vorsitzende richterin nicht der sache widmen können, was auch nach dem geltenden recht und der rechtssprechung unzulässig ist. als alle versuche, die sache sonst zu bereinigen, nichts halfen, habe ich eine presseerklärung abgegeben. seitdem versucht man mit gewissen repressiven maßnahmen gegen mich vorzugehen, wogegen ich mich wieder wehre. die sache ist noch am laufen. ich fand die presseerklärung durch das pätsch-urteil und auch durch meine richterliche unabhängigkeit voll gerechtfertigt, um eben diesen prozeß zu retten. das war problematisch, aber das wollte ich nur am rande erwähnen.

zur frage der richterlichen unabhängigkeit in zivilprozessen möchte ich folgendes sagen: es ist ein unhaltbarer zustand , daß ein richter auf probe von seinem vorgesetzten jedes halbe jahr beurteilt wird, ständig versetzt werden kann und von einem auf den anderen tag entlassen werden kann... es gibt auch anwälte, die versuchen daraus kapital zu schlagen, zu ihren gunsten druck auszuüben, ja auch manchmal, wenn ein urteil ihnen nicht paßt, einfach dienstaufsichtsbeschwerde erheben. sie schreiben dann irgendwie rein: "ja, er ist unfähig oder hat eine linke gesinnung" oder ähnliche dinge. bei richtern auf probe wird so etwas teilweise auf unglaubliche skrupellose weise getan. die gehen davon aus: "der wird sich in entsprechender weise sowieso nicht wehren, da er dann mit der verwaltung schwierigkeiten kriegt; denn die verwaltung will ruhe haben, will nicht, daß der richter da in entsprechender weise vorgeht." dasselbe würde die verwaltung bei fest angestellten richtern nicht wagen. es ist also ein unding, daß von den fünf mietrichtern, die wir in frankfurt haben, drei richter auf probe sind.

in der frage, ob aus der mieterfreundlichen rechtssprechfng irgendwelche nachteile, irgendwelche repressionen von seiten der justizverwaltung zu befürchten seien bin ich im moment etwas befangen, weil ich repressionen aus einem anderen grunde ausgesetzt bin. eben aus dem grunde, weil ich mich mit dem problem auseinandergesetzt habe, das die meinungsfreiheit des richters und treuepflicht gegenüber dem staat betrifft, weil ich eben diese presseerklärung abgegeben habe im sommer, die dem justizministerium nicht gepaßt hat d.h., es hat eine vorermittlung gegen mich eingeleitet, der ich mit gelassenheit entgegensehe. es ist zunächst einmal überhaupt unerwünscht, wenn beamte und richter an die öffentlichkeit treten. da reagiert der staat unheimlich gereizt, wenn man irgendwelche mißstände kritisiert, selbst wenn man das in einer sachlichen form tut, selbst wenn man sich dazu genötigt sieht. das ist der eine punkt.

jetzt, was die mietrechtssprechung angeht, hütet man sich natürlich, äußerlich den anschein zu erwecken, man greife in die rechtssprechung ein. äußerlich hütet man sich, aber es existiert eine repression. es besteht die gefahr, will ich mal sagen, daß so eine indirekte repression ausgeübt wird , die schlecht nachzuweisen ist und die schlecht zu belegen ist, die man aber doch zu spüren bekommt, wenn man auf dauer eine rechtssprechung oder eine art der verhandlungsführung an den tag legt, die nicht gewünscht wird. ich darf z.b. erinnern, damals im jahre 1972 habe ich über die räumung des hauses kettenhofweg verhandelt. ich habe da mit den hausbesetzern einen vergleich zustande gebracht. es war ein voller sitzungssaal, und ich muß sagen, im allgemeinen

hat sich das publikum diszipliniert verhalten, aber mir wurde vorgehalten, ich hätte einiges durchgehen lassen, daß geraucht wurde und daß coca-cola-flaschen dagelegen hätten usw. eigentlich hat man mir vorgeworfen, daß ich überhaupt mit hausbesetzern verhandle. das hat man mir natürlich nicht direkt gesagt, aber ich habe das zu spüren bekommen. ich bin auf noch größeren unwillen gestoßen, als ich noch den schwurgerichtssaal nahm und fünfhundert zuschauer da rein ließ. das ist auf noch größeren unwillen gestoßen und man bekommt das dann eben so zu spüren. natürlich werden die sich hüten, offen zu sagen: "beförderungssperre", sondern es werden dann andere gründe vorgeschoben. es gibt da nicht nur beförderungssperren, sondern es gibt dann auch dinge, mit denen man einen ernannten richter schikanieren kann, selbst wenn er nicht befördert werden will. man läßt dann eben plötzlich sein dezernat anwachsen, oder wenn man in urlaub ist, kriegt man die mieseste urlaubsvertretung. es passieren dann so ganz komische geschichten, es werden anträge abgelehnt, die bei anderen nicht abgelehnt wurden. so ist das schon, wenn man eine gewisse toleranzschwelle, die also von der verwaltung gewünscht wird, überschreitet. dann bekommt man den unwillen der verwaltung indirekt zu spüren, und die verwaltung, die justizverwaltung hat so eine form entwickelt, die also teilweise besonders beispielhaft ist, hinterhältig ist. damit man sie nicht zu fassen bekommt, werden also dinge so gemacht, daß man sie nicht richtig nachweisen kann, z.b. auch bei beschwerden.

mein kollege hat es angedeutet, daß die mietrichter dermaßen überlastet sind auch mit kleinkram, so daß sie quasi zum teil wie fließbandarbeiter arbeiten müssen und sich dadurch den sozialen problemen nicht richtig widmen können, da sie zum beispiel nicht genügend zeit haben, sich bei ortsterminen die häuser anzusehen oder ähnliche dinge durchzuführen. wenn man sich aus solchen gründen bei der verwaltung beschwert, dann machen die erstmal gar nichts. da sagen sie, sie haben nicht soundsoviel nummern (d.h. urteile anm. d. red.). die zählen ja nur die urteile, was da drin steht, interessiert sie gar nicht. daß die richter vergleichen, das ist ja viel wichtiger, weil sie dadurch irgendeinen frieden stiften. das interessiert auch überhaupt nicht, die interessiert nur die zahl der urteile, ob sie da 3 oder 20 sätze oder gar nichts reinschreiben, nur das es besteht, das wird gezählt. und daran wird der richter gemessen, nach dem output-system. der richter, der die meisten urteile produziert, gilt also neben der examensnote als meist beförderungswürdig. man spricht von der belastbarkeit - immer wieder kommt das wort belastbarkeit - das ist ein schlüsselproblem. der richter muß belastbar sein. immer wird die belastbarkeit des richter geprüft. und am liebsten wird gesehen - früher rühmte man sich ja damit -, wenn von einem tag zum anderen 10 urteile ausgestoßen werden. das gilt als besondere glanzleistung. dieser kritikpunkt steht auch im zusammenhang mit meiner presseerklärung im schurgerichtsprozeß. da war die vorsitzende noch an 3 anderen spruchkörpern tätig und hatte dazu am laufenden band noch strafurteile ausgestoßen. all diese dinge habe ich bemängelt und bin damit in ein wespennest innerhalb der justiz gestoßen. die justizverwaltung wünscht also belastbare, leistungs effiziente richter, die ein großes ausmaß an ausstoß haben und legt keinen wert auf die qualität der rechtssprechung, ob diese menschlichen und sozialen problemen richtig begegnet. deshalb gewährt sie den richtern nicht ausreichend zeit. wenn man sich dagegen wehrt, wenn man sich innerhalb der verwaltung wehrt, wenn man sich innerhalb der verwaltung wehrt, geschieht nichts. macht man dann den nötigen druck oder geht man dann an die öffentlichkeit, dann wird man diesen indirekten repressionen ausgesetzt und es passieren dinge, die sonst nicht passieren; denn man macht ja immer mal so kleine fehler, z.b. im technischen ablauf, daß man mal irgendeine verfügung andersherum macht als sonst, was normalerweise nie beanstandet wird, wird plötzlich als grund für eine aktenprüfung genommen - unverhofft. sie stellen irgendeinen kleine fehler fest und es besteht dann die gefahr, daß das in die personalakten kommt. dies sind dann die kleinen schikanen, denen sie ausgesetzt sind. das kommt dann immer in regelmäßigen zeitabständen, da werden dann aktenprüfungen vorgenommen und es wird dann festgestellt, ob sie einen fehler gemacht haben, während normalerweise jahrelang überhaupt nicht geprüft wird, was sie mit ihren akten machen, ob sie sie verschlampen oder sonst etwas damit machen. aber wenn sie da mal unangenehm aufgefallen sind, dann müssen sie damit rechnen, daß sie dauernd beobachtet werden. sie werden nicht danach beobachtet, ob sie sich um die sozialen probleme kümmern, sondern es wird darauf geachtet, ob sie die akten richtig bearbeiten, ob sie verfügungen sachgerecht bearbeiten, wie das nach dem preußischen recht aus dem vorigen jahrhundert überliefert ist. ob sie das richtig machen und wieviel urteile sie produzieren, darauf wird geachtet. es wird statistik geführt, ganz peinlich: ach der hat die wenigsten urteile. der ist nicht belastbar.

ich habe sehr interessante erfahrungen gemacht, einerseits im vergleich zwischen amtsrichtern und andererseits mit meiner tätigkeit als richter am schwurgericht. man legt großen wert darauf, daß die schwurgerichtsurteile rechtskräftig werden und diese schwurgerichtsrichter neigen dazu - es gibt ja nur noch die revision in diesen schwurgerichtssachen, die dinge so schnell als möglich über die bühne zu ziehen um rechtskräftige urteile zu erzielen. es gibt richter, die laufen herum und brüsten sich damit, daß alle ihre urteile rechtskräftig geworden sind. das ganze ist manchmal sehr zweifelhaft, da sie im landgericht jedes urteil revisionssicher machen können. beim amtsgericht schaut man deshalb gar nicht so darauf. amtsrichter werden in dieser beziehung nicht für so wichtig erachtet, weil die masse sehr groß ist. aber bei den schwurgerichtvorsitzenden, die wollen ja nachher bundesrichter werden und senatspräsident beim bundesgerichtshof, die achten peinlich darauf, daß sie einen riesigen output von rechtskräftigen urteilen vorweisen können. das ist eine höchst bedenkliche sache und hängt mit unserem system zusammen, daß es bei einem hühnerdieb eine berufung und eine revision gibt, wenn aber einer einen mord begeht oder wegen eines mordes angeklagt wird, dann hat er überhaupt nur die revisionsmöglichkeit. aber ein urteil revisionssicher zu machen, ist keine kunst. da wird bei denen peinlich darauf geachtet, ob ihre schwurgerichtsurteile (und kammergerichtsurteile) häufig aufgehoben werden, oder nicht. derjenige, der die meisten urteile durchbringt, der hat dann die größte chance einmal senatspräsident beim bundesgerichtshof zu werden.

zur frage der interdisziplinarität in der rechtssprechung ist zu sagen, daß der justizaufbauapparat darauf angelegt ist, nur gesetzeskonform nach palandt etc. zu urteilen. eine erarbeitung und ausweitung interdisziplinärer art hat in der rechtssprechung, von einigen ansätzen abgesehen, überhaupt noch nicht eingang gefunden. daher arbeiten die richter noch immer nach rein fachbezogenen aspekten. mit ihrem juristischen handwerkzeug, wobei begünstigend wirkt, daß das beförderungssystem für richter so aussieht, daß diejenigen befördert werden, die den meisten output haben, die, die nach palandt und den rechtl. bestimmungen der rechtssprechung urteilen, die sie eben griffbereit haben. da gibt es also solche maßgeblichen kommentare wie palandt, schmidt-putterer etc.

hat eine entscheidung einmal eingang gefunden, dann wird nach dieser einbahnstraße schnell judiziert, diese art wird gewünscht. diese urteile halten sich dann, weil auchdie obergerichte an dieser rechtssprechung festhalten. so wird von vornherein jeder versuch, eine sache auszuweiten und über den eigentlichen normativen und rein formellen bereich hinauszukommen äußerst erschwert. es kommt noch dazu, daß grundlagen fehlen, die in die rechtssprechung eingang gefunden haben.

DOKUMENT 2 WOHNUNGSKAMPF - UNTERBLIEBEN GEWESENE NACHRICHTEN

london 1884

... das niederreißen vieler slums in den letzten jahren und der daraus folgende gewaltige andrang der elenden, die sonst nirgend aufnahme finden, zu den übrigen slums, gibt den wirten derselben die gelegenheit, die mieten der zimmer enorm, im durchschnitt auf mehr als das doppelte vor dem, was sie vor fünf jahren gewesen, zu steigern, und dabei jedem verlangen der unglücklichen mieter barsche und verächtliche weigerung entgegenzusetzen. dieses, schon an sich empörende verfahren ist es noch viel mehr in den zahlreichen fällen, wo die macht und der einfluß eines teils der stadtverwaltung zu derartigen zwecken gemißbraucht werden. das geschieht auf mannigfache weise. folgender authentische fall wird mitgeteilt:

ein großerkomplex im verfall begriffener gebäude war zu verkaufen. auf veranlassung eines zur stadtverwaltung in beziehung stehenden mannes wurden dieselben vom sanitätsinspektor als für menschliche wohnungen ungeeignet erklärt. sobald das geschehen, erstand sofort jener mann, in verbindung mit einer spekulantenfirma, die häuser für wenig mehr als den wert des auf abbruch verkauften materials. nachdem darauf einige oberflächliche reparaturen gemacht waren, vermietete man sofort zu erhöhtem preis die zimmer, - und das geschäft ist für die leute zu einer goldgrube geworden. gestört werden sie darin nicht leicht werden, den sie sanitätsinspektion ist ja sache der stadtverwaltung...

und was man dagegen machen kann:

paris 1910

... der sympathischste in der französischen syndikalistischen bewegung war herr cochon er war sekretär vom syndikat der mieter. er griff die wohnungslosen mit ihren möbeln auf, zog mit handwagen durch ganz paris, und, wenn es ihm einfiel, quartierte er die wohnungslosen in die feinsten häuser ein. er requirierte eigenmächtig wohnungen. einmal beschlagnahmte er sogar den eiffelturm. er war so beliebt in paris, daß, wenn er durch die straßen ging, es immer ein hurra gab. hunderte von menschen schlossen sich ihm an, und so gab es aus dem augenblick herausgewachsene demonstrationen gegen die wohnungsnot - und gegen den wohnungswucher...

(1. zitat: deutsche rundschau 1884, 2. zitat: emil szittya, das kuriositäten-kabinett, konstanz 1923)

DOKUMENT 3 VW - EIN IMPERIALISTISCHER KONZERN (teil II)

die geschichte von vw de mexico begann 1954 mit vw-exporten aus der brd nach mexiko. 1964 begann die montage in der hauptstadt mexico-city, und 1968 zog das werk nach puebla um, einer kleineren stadt etwa 200 km von mexico-city entfernt. der staat enteignete ein großes, günstig an einer autobahn gelegenes grundstück und verkaufte es an vw. der gouverneur des bundesstaates puebla bestimmte durch erlaß, daß alle staatlichen stellen wie eisenbahnen, elektrizitätsgesellschaften usw. am aufbau des neuen werkes mitzuarbeiten hätten. das neue werk liegt günstig: autobahn, hochspannungsleitung, nähe zur hauptstadt (dem größten absatzmarkt) und nähe zum hafen santa cruz, der den export und import erleichtert.

politisch ist puebla ein etwas heißes pflaster. seit jahren gab es immer wieder zusammenstöße zwischen studenten, arbeitern, landarbeitern und straßenhändlern einerseits und der polizei und ihren zivilen mordkommandos andererseits, die bis heute mindestens 14 tote gekostet haben. puebla ist eine zone wirtschaftlichen wachstums, aber die steigende monopolisierung sorgt dafür, daß die soziale lage der bevölkerung (arbeitslosigkeit) nicht besser wird. puebla ist geprägt von dem gegensatz zwischen einem verhältnismäßig starken, reaktionären bürgertum, das seine stütze in der einheitspartei pri (revolutionäre verfassungspartei), der kirche und der örtlichen presse findet, und der arbeitenden, z.t. sehr armen bevölkerung, die sich aber wegen des übergewichts der pri kaum eigenständig organisieren kann. ein streik, eine demonstration führen sehr bald zu direkten zusammenstößen mit der staatsgewalt. panzerwagen in den straßen pueblas sind für die bevölkerung längst kein ungewohnter anblick mehr. in dieser landschaft wuchs vw sehr rasch. obwohl mexiko grenzland der usa ist, konnte sich vw mit seinen billigen wagen gegen die us-konkurrenz durchsetzen und bekommt jetzt erst die konkurrenz der japaner zu spüren. vw de mexico hat einen marktanteil von etwa 25 %. heute beschäftigt das werk 9 000 arbeiter und 2 400 angestellte. die produktion lag im april 1974 bei 606 wagen am tag.

vw trägt alle züge eines modernen imperialistischen konzerns. damit ist nicht gemeint, daß vw revolverbanden verschickt wie in den pionierzeiten der us-konzerne. vw operiert auf dem modernsten niveau des wirtschaftsimperialismus. genauestens werden alle politischen und wirtschaftlichen bedingungen erfaßt und maximal ausgenutzt. sozialabteilungen, besser ausgestattet als in den westdeutschen werken, sollen jeden konflikt von vorneherein vermeiden und wo die sozialtechniker nicht mehr weiter kommen, hilft der staatliche unterdrückungsapparat nach, mit dem vw natürlich offiziell nichts zu tun hat. vw bietet das bild eines hygienisch sauberen imperialismus, der dennoch nicht aufhört, imperialismus zu sein.

warum es vw in mexiko so gut gefällt

vw hat mexiko nicht zuletzt wegen seiner jahrzehntelangen politischen stabilität als standort gewählt. diese stabilität aber ist seit der mexikanischen revolution mit blut erkauft und wird heute noch mit blut erkauft. die mexikanische revolution, wie wir sie durch das zerrbild von abenteuerfilmen kennen, war der sieg der bürgerlichen revolution über das koloniale mexiko und zugleich der verrat an der revolution der industrie- und landarbeiter. dieser verrat war so vollständig, daß sich bis heute keine eigenständige klassenspezifische arbeiterorganisation gegen die allesbeherrschende regierungspartei hat durchsetzen können. von diesem umstand profitiert vw.

DOKUMENT 4. DAS ENDE DES FEUDALISTISCHEN ÄTHIOPIEN (teil II)

schon letzten april hatte der militärausschuß seine entschlossene absicht bekräftigt, in äthiopien die "feudalherrschaft zu vernichten". diese erklärung fand kaum beachtung oder wurde allenfalls belächelt; in einem land, das in vielen zügen noch an das mittelalter erinnert, mußte es in der tat eine herkulesarbeit bedeuten, jene tausendjährigen sozialstrukturen zu zerschlagen, die im wesentlichen auf dem enormen einfluß von drei machtträgern beruhten: kaiser, geistlichkeit und aristokratie.

der kaiser :

haile selassie I., auserwählter gottes, könig der könige, löwe von juda, nach offizieller legende 225. abkömmling des königs salomon und der königin von saba, besteigt 1930 im alter von 38 jahren den thron. regent, anschließend erbe eines reiches, das menelik frisch erobert hatte, aber noch wenig gefestigt ist, schuf haile selassie eine bis zum äußersten zentralisierte verwaltung. damit will er die unabhängigkeit der provinzpotentaten beschneiden und die nationale einheit schmieden. zugleich schanzt er sich auf diese weise absolute machtvollkommenheiten zu, die ihm niemand streitig macht. um sich in den augen des auslands den ruf eines "liberalen" zu verschaffen, oktroyiert er 1931 eine verfassung. 1955 läßt er sie revidieren.

dem anschein nach repräsentative institutionen werden ins leben gerufen. doch der premierminister wird allein vom kaiser ernannt und abgelöst. in das unterhaus können in einem land ohne politische parteien nur vertreter der herrschenden klasse gewählt werden. schon gar nicht kann es die regierung stürzen. die mitglieder des senats werden allein nach dem gutdünken des kaisers nominiert. so wird er zur drehscheibe des politischen lebens in äthiopien. er bestimmt oder entläßt die regierenden des tages.

außerdem: als grundeigentümer von einem drittel des imperiums bedient er sich häufig seines besitzes, um loyalität und treue zu belohnen. unter diesen bedingungen werden niederträchtigkeit und intrigen zum bestimmenden qualitätsmerkmal der politischen klasse. die aufnahme junger akademiker in die regierung während der 60er jahre verbessert die funktionsweise des systems nicht. viele von ihnen verbürgerlichen und verfallen der korruption. unnötig zu betonen, daß staatsbürgerliche freiheiten so gut wie nicht existierten und daß die politische polizei allmächtig war. oft genug mußten studenten dies auf ihre kosten erfahren. bei demonstrationen in der universität addis abeba wurden 1967, 1968, 1969 und 1971 zahlreiche studenten eingekerkert, ja sogar getötet. diese polizei und ihre chefs waren übrigens die erste zielscheibe des koordinationskomitees. die kerker waren voll von politischen gefangenen. unter denjenigen, die auf weisung des komitees vor zwei monaten befreit wurden, befand sich ein menschliches wrack, das vor 27 jahren ins gefängnis geworfen worden war. man sieht also: als sich die armee unter anderem das ziel setzte, die demokratie und bürgerliche freiheiten in äthiopien wiederherzustellen, mußte sie früher oder später auf die person haile selassies stoßen.

die geistlichkeit :

die zweite säule des systems ist die orthodoxe koptische kirche äthiopiens. sie verfügt über eine außergewöhnlich zahlreiche hilfstruppe von 75 000 priestern und übt auf die christlichen bevölkerungsteile einen beträchtlichen einfluß aus. obwohl die hälfte aller äthiopier moslems sind, war das koptische christentum stets staatsreligion. (lij iyasu, nach dem tod von menelik zum kaiser ernannt, wurde entmachtet, weil er dem christenglauben abschwören und zum islam übertreten wollte). selbstverständlich wünscht die orthodoxe kirche keine veränderungen, die ihren überragenden einfluß und ihre privilegien beschneiden könnten. durch ihren patriarchen abuna theophilos kritisierte sie kürzlich das projekt einer verfassung, weil darin die trennung von staat und kirche vorgesehen war. als eigentümerin von einem drittel des landes betrachtete sie die aussicht auf eine agrarreform mit mißbehagen.

doch dann drehte sie ihr mäntelchen nach dem winde. der widerspruch gegen das verfassungsprojekt eines laizistischen staates hatte wenig echo bei der bevölkerung gefunden. am abend des 10. september, am vorabend des äthiopischen neujahrsfestes, segnete patriarch theophilos die bewegung der streitkräfte und ihre parole "äthiopien zuerst!". den namen des kaisers erwähnte er nicht. er verglich das land mit einem boot, das im begriff sei, eine kursänderung vorzunehmen. er forderte alle christen auf, dabei mitzuwirken, daß das schiff die richtige richtung nimmt. eine unnachgiebige haltung gegenüber veränderungen hätte allerdings zweifellos zu unerwarteten konsequenzen beim niederen klerus geführt. schon im februar wurden risse deutlich. die"kleinen priester" hatten damals in flugschriften den protzigen luxus der hohen geistlichkeit verurteilt und mit streik gedroht, falls sich ihre lebensbedingungen nicht bessern sollten.

die aristokratie :

äthiopiens adel ist ein blutadel. gewiß, die mehrzahl der aristokraten sind abkömmlinge alter königshäuser, aus deren vereinigung der staat äthiopien einst entstand. doch dazu kommt eine zweite gruppe des "kaiserlichen adels", der seine titel für hervorragende waffentaten oder hervortreten auf anderen gebieten erhielt. diese zweite kategorie von adligen hat oft versucht, durch einheirat in die reihen des blutadels zu gelangen. die horizontale trennungslinie zwischen der aristokratie und dem niederen volk in äthiopien ist sehr deutlich. in den menschlichen beziehungen ist sie auf der einen seite durch verachtung für das volk, auf der anderen seite durch übermäßige unterwürfigkeit klar erkennbar. daß eine tragödie wie die von wollo geschehen konnte, erklärt sich nach ansicht vieler beobachter aus der gleichgültigkeit der herrschenden klasse gegenüber dem niederen volk.

wie im mittelalterlichen europa, so ist die aristokratie in äthiopien vor allem ein landadel. sie besitzt dem vernehmen nach rund ein drittel des kaiserreiches. doch die grundherren leben in den städten. sie überlassen die bewirtschaftung ihrer ländereien kleinbauern, denen sie 50 bis 75 % der ernteerträge als pachtzins abnehmen.

die folge: potentielle landwirte vergrößern lieber das heer der arbeitslosen oder gehen in den städten betteln. nach einem bericht der welternährungsorganisation fao werden nur 10 der vorhandenen nutzflächen landwirtschaftlich bearbeitet, dies überdies mit methoden, die nur ein viertel jener erträge erbringen, die bei einer vernünftigen bewirtschaftung zu erreichen wären. mit seinen hochebenen, die zu den fruchtbarsten gebieten

afrikas gehören, könnte äthiopien mühelos 100 millionen menschen ernähren. das derzeitige system des grundbesitzes, zweifellos noch durch die trockenperiode und die gleichgültigkeit der herrschenden schicht verschärft, aber verursachte den hungertod von 100 000 menschen! ein schreiender widerspruch, der die notwendigkeit einer landreform nur noch unterstreicht.

seit mehr als 30 jahren wird über diese reform schon geredet. sie scheint jedoch dem ungeheuer von loch ness zu gleichen. jedermann weiß, daß diese reform niemals kommen wird, es sei denn, durch ein wunder. jetzt ist dieses wunder vielleicht eingetreten! es ist bezeichnend, daß die armee am tage der absetzung des kaisers mit ihren ersten entscheidungen auch ein drkret erließ, wonach die bauern bis zu einer späteren landreform über ihren gesamten ernteertrag verfügen dürfen.
aus: afrika heute 9/10 1974

anmerkung: am 31. november hat haile selassie "aus eigenem, freien willen" zugestimmt, daß sein gesamtes persönliches und familienvermögen zur unterstützung für die opfer der dürrekatastrophe zur verfügung gestellt wird. ein sprecher des militärrates dementierte, daß der kaiser hingerichtet werden solle, falls er sich der übertragung seines vermögens widersetze.



aus:blatt nr.35/münchen